

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
 Das System ist feige
 Erwerbslose unter der Peitsche
 Die Nazi-Intelligenz hungert
 Aus der Tätigkeit eines Sondergerichts

Entlarvte Propagandalügen

Das Hilfswerk vom 30. Januar - Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit
 Die Hilfe für den Mittelstand

Im Laufe des Winters sind nacheinander alle Propagandalügen des Regimes zusammengebrochen. Am 30. Januar, dem Jahrestag der Machtübernahme Hitlers, hat das Regime noch einmal einen großen Propagandafeldzug mit der sogenannten sozialen Hilfsgemeinschaft veranstaltet. Es steht nun fest, daß auch dieser letzte Propagandafeldzug Schwindel war. Wir sind in der Lage, an der Hand von authentischen Berichten aus Deutschland den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Propagandalügen festzustellen.

Die soziale Hilfsgemeinschaft

Am 30. Januar erließ Göbbels einen Aufruf der Reichsregierung, in dem eine „grandiose Demonstration der sozialen Hilfsgemeinschaft“ angekündigt wurde. Darin hieß es:

„Es gelangen ohne Anrechnung auf die sonstigen Unterstützungsleistungen an die Bedürftigen zur Verteilung: 15 Millionen Lebensmittelgutscheine im Werte von je einer Mark. Der Bedürftige erhält für sich und für jedes seinem Haushalt zugehörige bedürftige Familienmitglied nach Maßgabe obiger Menge je einen Lebensmittelgutschein.“

Es mußte also angenommen werden, daß ein Ehepaar zwei, ein Ehepaar mit Kindern soviel Lebensmittelgutscheine erhalten würde, als Familienangehörige vorhanden sind.

In Wahrheit wurde — wie uns aus Sachsen mitgeteilt wird, die Verteilung nach folgendem Schlüssel vorgenommen: ein alleinstehender Bedürftiger einen Schein, ein Ehepaar einen Schein statt zwei, ein Ehepaar mit einem Kind zwei Scheine statt drei, ein Ehepaar mit zwei Kindern zwei Scheine, statt vier, ein Ehepaar mit drei Kindern drei Scheine statt fünf.

Die Amtsstellen, die die Scheine ausgaben, erwiderten auf alle Beschwerden nur, daß die Nachrichten in den Zeitungen nicht richtig gewesen wären. Die hilfsbedürftige Bevölkerung ist demnach durch den Aufruf von Göbbels glatt betrogen worden!

Ähnlich betrügerisch ist die Propaganda mit der Winterhilfe. Dazu erfahren wir aus Chemnitz:

Vor einem Verteilungsort in Chemnitz-Schloß stand eine große Anzahl von Männern und Frauen mit Bedarfsscheinen und Schlange. Die Scheine für die Männer berechtigten ausschließlich zum Empfang von Bekleidungsstücken. Bevor die Verteilung vor sich

ging, erschien ein Amtswalter und erklärte, daß es Männerbekleidungsstücke nicht gäbe. Als in der Menge Unruhe entstand, kamen acht SA-Leute und machten die Leibriemen los zum Einschlagen!

Die verlorene Arbeitsschlacht

Man hört nichts mehr davon, daß es in großen deutschen Gebieten keine Arbeitslosen mehr gäbe. Die erlogenen Meldungen der gleichgeschalteten Presse darüber haben bei manchem Arbeitslosen Illusionen geweckt. Es haben Wanderungen von Erwerbslosen nach den Gebieten eingesetzt, in denen angeblich keine Arbeitslosigkeit mehr herrscht. Im Arbeitsamt Chemnitz wird jetzt eine amtliche Warnung an die Arbeitslosen erlassen, nicht in die arbeitslosenfreien Gebiete zu reisen.

Wer zur Arbeitssuche in diese Gebiete reise, laufe Gefahr, in große Not zu geraten.

Ueber die wahre Lage auf dem Arbeitsmarkt unterrichten die folgenden Mitteilungen aus dem Chemnitzer Wirtschaftsgebiet:

Es werden aus allen Orten neue Entlassungen und Kurzarbeit gemeldet. Die große Metallfirma Riemann in Chemnitz, die im Herbst 160 Mann eingestellt hat, hat die Eingestellten wieder entlassen mit der Begründung, daß die Firma ihren guten Willen bewiesen habe. Eine Notwendigkeit zur Einstellung neuer Arbeitskräfte habe an sich nicht bestanden, mehr könne von ihr billigerweise nicht verlangt werden. Es werde nur noch vier Tage gearbeitet. Wenn sich der Geschäftsgang nicht bald bessere, müsse mit weiteren Entlassungen gerechnet werden. Größere Entlassungen fanden statt in der Karbidlampenfabrik Näckel-Chemnitz. Die Textilfabrik Böritz, Chemnitz, arbeitet seit Neujahr nur noch drei Tage wöchentlich, die Firma Kohron nur noch in einer Schicht, während bis Weihnachten in zwei Schichten gearbeitet worden ist. Die Trikotagenfabrik Männer & Horn hat fast ihre ganzen Auslandsaufträge eingebüßt. Sie hat nur noch SA-Aufträge. Nach ihrer Fertigstellung werden größere Entlassungen stattfinden. Die Kunstseidenfabrik Altmann in Crottendorf hat alle verheirateten Frauen, die im Herbst wieder eingestellt worden waren, entlassen. Neueinstellungen nicht vorgenommen. Die Nachschicht ist ausgefallen. Die Textilwarenfabrik Hohenstein-Ernstthal ist zur Kurzarbeit übergegangen.

Die Löhne sind erbärmlich. In der zweiten Januarwoche ging ein verheirateter Mann mit zwei Kindern aus der Kunstseidenfabrik Altmann mit einem Nettoverdienst von 12.60 Mark nach Hause. In Hohenstein-Ernstthal sind Wochenverdienste von 10 Mark die Regel. Wohlfahrtsempfänger, die Arbeit erhalten, stehen, wenn sie Familie und Kinder haben, schlechter als beim Wohlfahrtsunterstützungsbezug.

Der Betrug am Mittelstand

Der Mittelstand hat von den mit großen Propagandamitteln verkündeten Ankurbelungsmaßnahmen, u. a. auch von dem Hilfswerk vom 30. Januar, Hilfe für sich erwartet. Er ist um seine Hoffnungen betrogen. Aus allen Teilen von Sachsen erfahren wir, daß der Versuch gemacht worden ist, die Kosten dieses Hilfswerkes auf den Mittelstand zu überwälzen.

In ganz Sachsen sind Beauftragte der SA von Lebensmittelhändler zu Lebensmittelhändler gegangen und haben ihnen nahegelegt, die Lebensmittelgutscheine nicht zur Einlösung vorzulegen, sondern die darauf verpackten Waren zu spenden.

Gegenüber den Händlern, die Gutscheine zur Einlösung vorgelegt haben, ist eine andere Methode angewendet worden. Die Finanzämter haben ihnen zunächst die rückständigen Steuern in Abzug gebracht, die restlichen Beträge aber nicht ausbezahlt, weil dafür keine flüssigen Mittel vorhanden sind.

Ähnlich steht es mit den Zuwendungen für Hausreparaturen. Bekanntlich sollen vom Reich 40 Prozent der Gesamtkosten übernommen werden. Die Gemeindekassen können nicht auszahlen, weil das Reich keine Mittel überwiesen hat, die Hausbesitzer bezahlen unter Berufung darauf die Handwerker nicht für die geleisteten Arbeiten, und die Handwerker sind die Leidtragenden.

In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erschien die folgende Wirtschaftsnotiz: „Das Handwerk hat beobachtet, daß die Auswirkungen der Bedarfsdeckungsscheine, die als Ehestandsbeihilfen ausgegeben werden, für das Handwerk nicht den erwarteten günstigen Erfolg gezeitigt hat.“

Auf allen Gebieten sind die Propagandalügen des Dritten Reiches zusammengebrochen. Die Wirtschaftskrise nimmt kein Ende, Erwerbslosigkeit und Hunger werden immer größer!

„Feuerbrand des Aufruhrs“

Es brennt in Wien und in Paris

Hitler nimmt für sich das Verdienst in Anspruch, Europa vor dem „Feuerbrand des Aufruhrs“, des kommunistischen Aufruhrs, gerettet zu haben. Inzwischen erhebt die Regierung Dollfuß vor der ganzen Welt gegen Hitler Anklage, weil er mit jedem Tag aufs neue den Feuerbrand des Aufruhrs nach Oesterreich wirft. In Paris aber schlägt die Flamme des Aufruhrs hoch — nicht des kommunistischen, sondern des reaktionär-faschistischen. Siegen die Geistesverwandten Hitlers in Paris oder in Wien, so versinkt Europa noch einmal in Blut und Brand.

Vom nationalen Standpunkt betrachtet, ist der Gang Oesterreichs zum Völkerbund eine Schande. Deutsche suchen bei Franzosen und Engländern, bei Italienern und Polen vor anderen Deutschen Schutz. Dies erreicht zu haben, ist das Verdienst Hitlers und seiner Leute. Bevor sie ans Ruder kamen, gab es zwischen den beiden deutschen Staaten keinen Streit, 999 von 1000 Oesterreichern wünschten nichts anderes als die möglichst rasche Vereinigung mit dem Mutterlande. Hitler hat es zuwege gebracht, daß die Mehrheit des österreichischen Volkes jeden Gedanken an „Gleichschaltung“ verabscheut.

Ganz ähnliches entwickelt sich zurzeit übrigens auch im Saargebiet. Die Bevölkerung, für die vordem die Rückkehr zu Deutschland eine Selbstverständlichkeit war, neigt mit jedem Tage mehr dazu, das gegenwärtige Regiment einer Besetzung durch SA und SS vorzuziehen. Im Osten wie im Westen ist Hitler drauf und dran, Großdeutschland zu verspielen.

Der Gang nach Genf kann natürlich nicht mehr als eine Demonstration sein. Er wäre nicht notwendig, wenn sich Herr Dollfuß nicht den viel kürzeren Weg nach der Rechten Wienzeile — dem Wiener sozialdemokratischen Parteihaus — verbaut hätte. Der Völkerbund ist in seinem heutigen Zustand keine Instanz, die Entschlüsse faßt und sie ausführt, sondern nur noch eine Anschlagssäule, an der man seine Beschwerden plakatieren kann. Aber Völkerbund hin, Völkerbund her — in der Ablehnung der nationalsozialistischen Politik Oesterreich gegenüber besteht zwischen Italien, Frankreich und England weitgehende Übereinstimmung. Jene Politik hat nicht nur die Mehrheit des österreichischen Volkes gegen sich, sondern ganz Europa. Jeder Versuch, die Anschließung Oesterreichs an Deutschland gewaltsam herbeizuführen, müßte mit einer Niederlage enden.

Günstiger scheint zunächst die Lage Hitlerdeutschlands in der Rüstungsfrage. Hier hat sich gezeigt, daß der Vertrag von Versailles, soweit er diese Frage behandelt, tatsächlich nur noch ein Fetzen Papier ist. Niemand wagt, an ihn überhaupt noch zu erinnern, geschweige denn für seine strikte Einhaltung einzutreten. Vergleicht man die Rüstungsmemoranden, die der Monat Januar gebracht hat, so ergibt sich ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich. Zwischen beide schieben sich England und Italien mit eigenen Vorschlägen, die wiederum erhebliche Unterschiede aufweisen, die aber beide als Vermittlungsvorschläge aufgefaßt werden wollen. Bemerkenswert ist, daß das Blatt der englischen Arbeiterpartei, der „Daily Herald“ unbeschadet seiner sonstigen scharfen Gegnerschaft gegen die Regierung Macdonalds lebhaft für den englischen Vorschlag eintritt und den Franzosen seine Annahme empfiehlt, während

Arbeitshaus!

Das Geschick der Erwerbslosen.

Es ist still geworden von der „Arbeitsschlacht“. Die Zahl der Erwerbslosen steigt. Aber wehe dem Erwerbslosen, der die Wahrheit über sein Geschick zu sagen wagt! Während die amtliche Statistik das Anwachsen der Erwerbslosigkeit selbst zugibt, wirft die willfährige Justiz des Dritten Reiches die Opfer der Arbeitslosigkeit ins Gefängnis, wenn sie ihr Leid hinaus-schreien.

Das Breslauer Sondergericht hat einen 53 Jahre alten erwerbslosen Schlosser zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er die Wahrheit gesagt hat. Der Erwerbslose — mit 53 Jahren ist er gänzlich hoffnungslos — zog umher und bettelte. Das ist das Los aller, die keinerlei Unterstützung mehr erhalten, weil die Statistik von ihnen gesäubert werden mußte! In dem schlesischen Ort K a n t h wurde ihm in einem Nazigasthaus ent-

gegengehalten: Es gibt überall Arbeit, es gibt keine Arbeitslosigkeit mehr, wer Arbeit sucht, der findet sie — da schrie er die Wahrheit hinaus:

Schwindel ist alles, was die gleichgeschalteten Zeitungen schreiben! Ueberall suche ich Arbeit, aber umsonst! Ich kann keine Arbeit finden. Ostpreußen sollte von Arbeitslosen frei sein — alles Schwindel! Als ich in Sachsen war, hieß es, Breslau sei von Arbeitslosen frei; ich habe mich auf den Weg gemacht, das ist alles Schwindel!

Für diese unbestreitbaren Wahrheiten soll er auf fünf Monate ins Gefängnis wandern, und die richterlichen Verfolger der Wahrheit diktierten ihm außerdem — o blutiger Hohn! — Ueberweisung ins Arbeitshaus zu.

Das ist eine Antwort, die des heutigen Systems würdig ist! Als der Kapitalismus in seinen Anfängen das menschliche Rohmaterial verwüstete, als ausgemergelte Arbeiter unter längster Arbeitszeit seufzten, während ein Heer von Arbeitslosen hungerte, war seine Antwort auf jeden Aufschrei der Gepel-

system kopiert diese Methoden: Die Heuchelei, die Lüge und die Brutalität gegen den Aufschrei der gepeinigten Kreatur.

Sturz des kapitalistischen Systems — es gibt keine andere Wahl gegenüber diesen Zuständen!

Wieder ein Opfer!

In Langwaldersdorf, Kreis Waldenburg, hat sich der Genosse Lehrer Gerberich erhängt. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder. Der Genosse war in seiner Gemeinde ehrenamtlich Gemeindevorsteher zur vollsten Zufriedenheit der gesamten Bevölkerung. Im Zuge des „Aufbruchs der Nation“ wurde er als Lehrer ohne jede Pension entlassen. 80 Prozent der Bevölkerung verlangten damals in einer Eingabe seine Wiedereinstellung. Die Folge war eine die ganzen Monate anhaltende Hetze gegen den in der Bevölkerung gern gesehenen Mann. Dieser Hetze ist der 37jährige nun erlegen.

Bei der Beerdigung waren Genossen aus nah und fern zugegen.

der Pariser „Populaire“ den englischen Vorschlag als einen faktischen Aufrüstungsvorschlag verwirft und der Brüsseler „Peuple“ in der Ablehnung Londons noch weitergeht und die Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung fordert.

Wenn also schon innerhalb der internationalen Meinungsverschiedenheiten sichtbar werden, so ist an eine gemeinsame Haltung der Regierungen in der Abrüstungsfrage erst recht nicht zu denken. Es ist klar, daß Hitlerdeutschland aus dieser Uneinigkeit ebenso Vorteil zieht, wie ihm die innere Unruhe Frankreichs zunächst zugute kommen muß.

Die Regierung Daladier hat in den ersten Tagen ihres Bestandes eine starke Schwenkung von rechts nach links vollzogen. Die Reaktionen, die Krisen wollen, weil sie sich von ihnen den Zusammenbruch des Regimes versprechen, lassen sich nicht milder stimmen. Also mußte die Linke gewonnen werden, und deshalb wurde der Polizeipräsident Chiappe entlassen. Es war keine Tat der überzeugten Entschlossenheit, sondern nur eine der Furcht vor der parlamentarischen Niederlage.

Als Daladier sein Amt antrat, schreckte er vor der Beseitigung Chiappes zurück. Der Mann war ihm zu stark. Er hatte zuviel Rückhalt beim Besitzbürgertum. Er war wahrscheinlich weniger in die Stavisky-Affäre verwickelt als mancher andere Beamte. Aber es war klar, daß sich die Straßendemonstrationen gegen die Regierung Chautemps dank seiner wohlwollenden Duldung hatten entwickeln können, und die Linke forderte seinen Kopf. Zu ihrem Wortführer im Kabinett machte sich der Innenminister Frot, ein zuverlässiger und energischer Radikaler, der schon am Tage seines Amtsantritts dem Polizeipräsidenten erklärt hatte, er werde ihn verantwortlich machen, wenn es zu neuen Straßenkundgebungen komme. Frot stellte schließlich die Kabinettsfrage, und nun stand der Ministerpräsident vor der Frage, ob er sich von ihm oder von den Freunden Chiappes, dem Kriegsminister, dem Finanzminister und dem Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium trennen sollte. Da Frots Rücktritt die parlamentarische Niederlage zur absolut sicheren Folge gehabt hätte, ließ er nach einigem Zögern die „Gemäßigten“ und ihren Günstling fallen, und mehr als das, er mußte sich entschließen, den eben entlassenen Paul-Boncour, mit dem ihn keinerlei Sympathien verbinden, zum Kriegsminister zu machen.

Mehr von den Ereignissen als vom eigenen Willen getrieben, hat dann Daladier der Reaktion auf der Straße eine blutige Niederlage bereitet, während ihn zu gleicher Zeit im Parlament die Linke gegen die Rechte schützte. Inzwischen ist auch Daladiers Kabinett im Sturm zusammengebrochen. Der Kurs geht weiter nach rechts, die Waage schwankt heftig. Gelingt es der Reaktion, die Macht zu erobern, so wird es vielleicht in Paris, aber bestimmt nicht in Europa ruhiger werden.

Durch den Sieg des Faschismus in Deutschland ist kein Feuerbrand erstickt, sondern ein neuer Feuerbrand in die Welt geworfen worden. Er hat die Welt nicht gerettet, die Welt und Deutschland vor ihm zu retten, das ist die Aufgabe, die sich stellt!

Die Schüsse auf den Kardinal

Durch einen glücklichen Zufall ist der Kardinal-Erzbischof Faulhaber dem Schicksal Theodor Lessings entgangen. Wie der jüdische Professor der Philosophie sollte auch der katholische Kirchenfürst mit wohlgezielten Schüssen durch das Fenster erledigt werden. Die Technik war in beiden Fällen die gleiche. Gabe es in Deutschland eine Polizei, die Mordanschläge gegen Nichtnationalsozialisten aufzuklären versucht, so läge es für sie nahe, in den Mörder Lessings, die seinerzeit aus Marienbad nach Bayern flüchteten, auch die Urheber des Attentats auf Faulhaber zu vermuten. Aber selbstverständlich können die Mordgesellen in dem einen wie in dem anderen Falle auf den sicheren Schutz des 3. Reiches rechnen, auch wenn die Polizei im Falle Faulhaber schandenhalber eine Ergreiferprämie von 1000 Mark ausgelobt hat.

Diese 1000 Mark wird sich keiner verdienen wollen, der kein Selbstmordkandidat ist!

Das System ist feige

Vierfacher Mordmord an Gefangenen

Das System Hitler-Göring ist feige. Es läßt morden und foltern — aber es fürchtet sich. Es hat sich vor Dimitroff gefürchtet, mitten im Gerichtssaal. Es wagt sich nicht öffentlich an Köpfe, die man in der Welt kennt. Es fällt sie von hinten an. Es läßt sie im geheimen foltern und abschlachten. Es steht nicht zu seinen Greueln.

Das System Hitler-Göring versucht, seine Verbrechen mit Rechtsformen zu maskieren — so im Reichstagsprozeß — aber wenn die Maskerade mißlingt, greift es zum niederträchtigen, meuchlerischen Mord. Das System fürchtet die Mörder, die es in die Macht getragen haben, darum sucht es sie mit Blut bei guter Stimmung zu erhalten.

Leipzig war eine furchtbare Niederlage. Der Kopf von Lubbe war eine ungenügende Abschlagszahlung auf die Köpfe von Dimitroff und Torgler. Die Mordgesellen drängen. Sie rebellieren im Malkowski-Prozeß. Sie wollen Blut sehen — Blut!

Eine neue Niederlage droht — der Hochverratsprozeß gegen Thälmann und kommunistische Zentralmitglieder. Der Prozeß ist schon zusammengebrochen, der Gang des Leipziger Prozesses hat die Lügen der Göring und Konsorten für den kommenden Prozeß zerfetzt. Die Zeugen der Anklage im Leipziger Prozeß, die meideidigen Schurken, die vorbestraften Verbrecher, die Ueberläufer aus Furcht oder innerer Gemeinheit, diese echten Stützen der Diktatur, haben die schändliche Rolle der Justizkomödien des Dritten Reiches enthüllt.

Ein Kronzeuge sollte in dem angekündigten Prozeß Göring die Köpfe von Thälmann und anderen verschaffen, ein früherer leitender Funktionär der KPD und Vertrauensmann Thälmanns, der Tischler Kattner aus Potsdam. Dieser Spitzel ist erschossen worden. Mit oder ohne diesen Spitzel — auch die tollste Justizkomödie vor dem Reichsgericht hätte nicht die von den Mordgehilfen stürmisch geforderte Ernte an Köpfen gebracht. Aber sie fordern Blut — Blut!

Der Justizterror im Dritten Reich

Das Sondergericht im Kampf gegen die Wahrheit

Das Breslauer Sondergericht ist voll beschäftigt. Es tagt bald in Breslau, bald in anderen Orten. Seine Hauptfunktion ist die Ausübung des Justiz-Terrors gegen die Wahrheit. Es hagelt Gefängnisstrafen gegen alle, die zu kritisieren oder die Wahrheit zu sagen wagen. Hier ist ein Ausschnitt aus der Tätigkeit dieses Sondergerichts in der letzten Zeit:

Der Bauarbeiter Max Tinibel hatte den Moskauer Sender abgehört. Er hatte das Gehörte dem Schlosser Max Walter weiterberichtet. Urteil: Tinibel 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Walter 1 Jahr 2 Monate Gefängnis.

Der Schachtmeister August Dohnalek aus Habelschwerdt hatte Hitler einen österreichischen Deserteur genannt: 4 Monate Gefängnis.

Frau Maria Alte aus Breslau hatte eine Denkschrift über Mißhandlungsfälle ausgearbeitet. Die Denkschrift wurde nicht verbreitet. Allein die Ausarbeitung galt als strafbar: 2 Monate Gefängnis.

Bauarbeiter Oskar Münster, ein Schwerkriegsbeschädigter, hatte sich über die Prasserereien der Nazibonzen in Nürnberg aufgehalten: 6 Monate Gefängnis.

Kraftwagenführer Willy Polkerts soll Hitler beleidigt haben: 6 Monate Gefängnis.

Schlosser Erich Schröter aus Breslau wegen Beleidigung des Fememörders und jetzigen Polizeipräsidenten Helnes: 5 Monate Gefängnis.

Frau Erna Jammer aus Prottsch wegen Verbreitung von „Greuelnachrichten“: 1 Monat Gefängnis.

Siedler Paul Wehrauch aus Prottsch, ebenfalls wegen Verbreitung von „Greuelnachrichten“ 2 Monate Gefängnis.

Zimmermann Karl Leuschner aus Soltau für die Behauptung, daß die Nazis den Reichstag angezündet hätten: 10 Monate Gefängnis.

Modelltischler Wilhelm Weitz aus Peterwitz, weil er die Regierung eine Gummi-

Darum sind vier führende Funktionäre der KPD, Mitglieder des Zentralkomitees und Bezirksleiter, die sich seit langem in Haft befinden, und in den Hochverratsprozeß verwickelt sind, ermordet worden! Die Kommunisten John Scheer, Steinfurth, Eugen Schönhaar und Rudolf Schwarz sind aus der Haft nach Potsdam transportiert worden, um dort „über die Vorbereitung des Fememordes an Kattner Auskunft zu geben“. Sie haben wahrscheinlich den Fememord — in der Haft vorbereitet! Unterwegs sind sie „auf der Flucht erschossen“ worden!

Es war ein kaltblütig befohlener, kaltblütig ausgeführter Mord! Das System Hitler-Göring hat das Urteil in dem kommenden Hochverratsprozeß vorweggenommen und vollstrecken lassen. Was geschehen ist, geschah nach Görings Rezept. Als ihn im Reichstagsprozeß innere Furcht packte, kreischte er Dimitroff an: „Sie Gauner werden noch Angst vor mir lernen, wenn Sie aus der Macht des Gerichts in meine kommen!“

Dimitroff ist nunmehr in seiner Macht — aber Göring ist feige. Er fürchtet den lebenden Dimitroff, aber er fürchtet vielleicht noch mehr einen toten Dimitroff! Die vier kommunistischen Spitzenfunktionäre waren ebenfalls in seiner Macht. Auf sie war die Aufmerksamkeit der Welt nicht gefallen. Sie wurden geschlachtet als Opfer für den Blutdurst seiner Spießgesellen.

Aber die feige Diktatur steht nicht zu ihrer Tat! Nach außen läßt sie plumpe Lügen über Zusammenhang und Hergang verbreiten, die das Blut an ihren Händen verdecken sollen — aber ihre Lügen sind mit Absicht so durchsichtig konstruiert, daß ihre eigenen Banden erkennen können: „Auf Befehl erschossen!“

Wenn die Herzen und das Gewissen in der Welt müde geworden sind — mögen sie immerhin die blutbefleckten Hände der Mörder drücken. Die Verbrechen werden niemals vergessen werden!

hartem Meißel an neuen heiligen Gestalten“. Der Mensch könne heute wieder zu einem Märtyrer religiösen Suchens und Lebens werden, „zu einem Blutzengen Gottes“.

Den Nazis wird es bei diesem Ruf nach christlichen Märtyrern banze: sie mühen sich, den Kampf der Pfarrer um religiöse Freiheit komisch zu finden. So schreibt Stapel in seiner Zeitschrift „Deutsches Volkstum“, zweites Jahreshft:

„Bekenntnisse — die große theologische Mode. In Altona an der Elbe ging es los. Seitdem wird von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, wo immer sich ein Pfarrerkränzchen, eine theologische Arbeitsgemeinschaft oder dergleichen befindet, eifrig an „neuen Bekenntnissen“ gearbeitet...“

Die neuerliche Neigung, sich theologisch zu übersteigern, scheint mir nicht unbedenklich... Zehntausend Pfarrer, amtliche Propheten, durch die Gott redet, zeugen in „heiliger Freiheit“ vor den Gläubigen. Sie sind aber festangestellt und pensionsberechtigt. Der „Staat“ sorgt für sie. Zum Unterschied von den Staatsbeamten jedoch können die Kirchenbeamten, da sie den alten Propheten „verwandt“ sind, gegen den Staat auftreten wie Jesala und Jeremias gegen ihre Könige. — Wem ein solcher Zustand nicht grotesk vorkommt, mag ihn ersehen.“

Herr Stapel verschließt die Augen krampfhaft vor der Tatsache, daß evangelische Geistliche, die zu ihrer Überzeugung stehen, nicht nur Amt, Gehalt und Pension, sondern auch ihre körperliche Freiheit aufs Spiel setzen. Doch das gehört eben zum Geschäft der braven Soldschreiberel, daß sie gegen jede Art anständiger Gesinnung ihre Dreckschleuder richtet.

Was ist Hochverrat?

Vor kurzem schrieb die vordem zentrierte „Germania“ in einer Polemik mit der Wiener „Reichspost“:

„Die Reichspost hebt ja selbst nachdrücklich hervor, daß Vizekanzler Papen auch die Schatten erwähnt hat, die das Bild des augenblicklichen Zustandes im Dritten Reich noch aufweist. Allerdings können diese Unvollkommenheiten die „vertrauensvolle Sicherheit“ nicht erschüttern und daß sich die „Germania“ durch rednerische Entgleisungen einzelner Nationalsozialisten nicht in ihrer positiven Haltung zum neuen Staate beirren läßt, dürfte die Reichspost längst gemerkt haben.“

Wie reagiert die Nazipresse auf diese „positive Haltung zum neuen Staat“? Sie liest nur die Worte „Schatten“, „Unvollkommenheiten“, „Entgleisungen“ und bekommt Wutanfälle. Die „Bayrische Ostwacht“ z. B. schreibt:

„Man muß sich angesichts dieser Ausfälle fragen, ob grenzenlose politische Naivität die Triebfeder ist oder ob hier mit einer nicht zu überbietenden Dreistigkeit eine ganz gefährliche Hetze gegen den neuen Staat getrieben wird. Die Vorgänge der letzten Zeit dürften zur Genüge bewiesen haben, daß die politischen Sabotageversuche gewisser klerikaler Kreise heute nicht mehr verfangen. Die Zeit dürfte reif sein, daß sehr bald entscheidende Worte gesprochen werden. Wir betrachten solche Scherze als Hochverrat und werden sie entsprechend würdigen.“

Mögen die „Germania“-Redakteure sich vorsehen! Auf Hochverrat steht Todesstrafe, und die SA spaßt nicht!

Verurteilt nach § 175

Aber nicht Röhm!

Bayrische Blätter meiden:

Am 25. Januar fand vor dem Schöffengericht in Amberg die Verhandlung gegen den ledigen Kaufmann Ottokar Andreas Koller aus Bayreuth, zuletzt wohnhaft in Schwandorf, wegen eines Vergehens gegen den Paragraph 175 statt. Die Öffentlichkeit war während der Verhandlung ausgeschlossen. Koller war vollkommen geständig. Die Schweinereien mit denen sich der Angeklagte „vergnügte“, reichen bis in das Jahr 1922 zurück. Bei der Verhandlung waren drei Zeugen anwesend. Der Staatsanwalt warf 3 Jahre Zuchthaus auf und bei seinem Plädoyer wandte er sich scharf gegen die Untaten des Angeklagten. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und Tragung der Kosten des Verfahrens. Die abgeessene Untersuchungshaft wird angerechnet. Damit hat ein Fall, der lange Zeit schon die Schwandorfer Öffentlichkeit interessierte, seine Aburteilung gefunden.

Auch im Kaiserreich war es so, daß ab und zu ein armer Teufel wegen gleichgeschlechtlichen Umgang verknackt wurde, während die beste Gesellschaft in der Adlervilla in Potsdam ungestraft ihren Vergnügungen nachging.

Angst vor Märtyrern

Der neudeutsche Religionskampf tobt in den Zeitschriften des Dritten Reiches immer heftiger. So heißt es in den katholischen „Stimmen der Zeit“ (Herder & Co., Freiburg) im Januarheft, die Gegenwart arbeite „mit stahl-

Bilder aus Deutschland

Die Zustände in der Pfalz

Die Erwerbslosen als Sklaven — Zur Arbeit geprügelt

Aus der Pfalz wird uns geschrieben:

Das traurigste Kapitel ist die Beschäftigung der Wohlfahrtsarbeiter. Sie müssen bei einer Zulage von 2 Mark mindestens sechs halbe Tage arbeiten und wurden davon auch während der kalten Witterung nicht verschont. Am Flugplatz in Pirmasens, auf dessen Fertigstellung stark gedrängt wurde, mußten während der kalten Witterung etwa 3000 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger arbeiten. Auf zehn Mann kommt ein Aufseher.

Da es einige Male zu Kritiken und sogar zu Arbeitsniederlegungen kam, wurden jetzt die Aufseher bewaffnet und mit Polizeibefugnissen versehen. Sie haben Anweisung, Widerspenstige sofort niederzuschleßen. Den Anordnungen der Unternehmer, die pro Mann und Tag 20 Pfennige bekommen für die Aufsicht, ist ohne Widerspruch Folge zu leisten. Schläge sind keine Selbstenheit.

Ein Arbeiter, der sich erlaubte, ein Pfeifchen anzustecken, wurde so angebrüllt, daß er sich nicht mehr beherrschen konnte und den Unternehmer niederschlug. Er wurde sofort abgeführt, allerdings auf Fürsprache hin unter Berufung auf die große Kälte nach vier Tagen wieder freigelassen. Ein anderer Arbeiter, der beim Heimweg zufällig dem Sonderkommissar begegnete und nach dessen Ansicht zu früh die Arbeitsstätte verlassen hatte, wurde infolge seiner Widerrede auf der Straße vom Begleiter des höchsten Beamten niedergeschlagen.

Infolge der ungewohnten Arbeit und dem Antreibersystem gibt es fast täglich schwere Unfälle. Im Krankenhaus liegen schon Leute, die ihre Arbeitsfähigkeit völlig verloren haben. Der ungewohnte Aufenthalt in der kalten Luft auf einem vier Meter hoch liegenden Gelände, hat auch viele Erkrankungen zur Folge.

Da unter diesen Sklaven auch zahlreiche Nazihänger sind, die am meisten schimpfen, weil sie sich hierzu für berechtigt halten, hat sich der Mehrheit der Bevölkerung eine große Aufregung bemächtigt.

Schon der Anblick dieser von der Arbeit zurückkehrenden Wohlfahrtsarbeiter wirkt geradezu aufreizend. In Ansprachen der Führer werden sie jedesmal als Marxistenpack, als Faulenzergesindel, als Aufrührer und mit ähnlichen Kosenamen bedacht. In diesen Kreisen spricht man deshalb viel „von der guten alten Zeit“, in der es solche Gemeinheiten und eine solche Menschenverachtung nicht gab!

Die Antwort

Kürzlich wurden auf der Arbeitsstelle am Flugplatz Flugblätter gefunden, die dort in großer Zahl ausgestreut waren.

Als die Arbeiter am Dienstag, dem 24., morgens zur Arbeitsstelle kamen, fanden sie den Platz sorgfältig mit diesen Flugblättern belegt vor. Die Freude unter den Arbeitern darüber war groß. Besonders die SA-Leute sagten, sie freuten sich, daß sie endlich mal wieder etwas Wahres lesen könnten! Ueber den Inhalt, der das Treiben der Nazi-Bonzen entlarvte, wurde in Pirmasens und Umgebung lebhaft gesprochen. Den bei der Morgenschicht beschäftigten Arbeitern, etwa 1200, wurde Schweigepflicht auferlegt.

Sie wurden gleich nach der Feststellung von Schupo, SS und Polizei umzingelt und aufgefordert, die Flugblätter abzuliefern. Anschließend wurden sie genau untersucht. Dr. Caspary, der Sonderkommissar, kam selbst und mußte mit ansehen, wie sich die Arbeiter freuten. Er hielt eine kleine Ansprache, die aus lauter Drohungen bestand und sagte, wenn der Verteiler erwischt werde, würde er standrechtlich erschossen.

Der Flugplatz wird von einer acht Mann starken SA-Wache und einem scharfen Hund Tag und Nacht bewacht.

Die Zeitungen müssen den Vorgang verschweigen, aber es wurden genügend Flugblätter in die Stadt geschmuggelt, um sie weiten Kreisen zugänglich machen zu können. An allen Ecken und Enden der Stadt rodeten die Leute über den Inhalt.

Schwindel mit der Winterhilfe

Es gibt eine Winterhilfe, die weit miserabler ist als das, was die arme Bevölkerung bisher gewohnt war. Unter geradezu entwürdigenden Bedingungen müssen die Scheine in Empfang genommen werden und ohne Arbeitsleistung werden sie nur ausnahmsweise verabreicht. Es gibt Gutscheine, mit denen, von geringen Ausnahmen abgesehen, nur Kleidungsstücke und Wäsche

gekauft werden dürfen. Die Geschäfte sind vorgeschrieben, wobei in der Regel am teuersten Platz beim größten Spießbürger gekauft werden muß.

In den letzten Jahren zahlten viele Gewerkschaften ihren bedürftigen Mitgliedern eine Weihnachtsbeihilfe aus. Die jetzigen Verwalter des gestohlenen Gewerkschaftsvermögens versprachen das Doppelte der früheren Unterstützungen, aber gezahlt wurde kein Pfennig. Von dem ganzen Vermögen wird wahrscheinlich nicht mehr viel vorhanden sein. Die Mitglieder wurden damit vertröstet, das Geld wäre der allgemeinen Winterhilfe gespendet worden.

Nazibonzen an der Arbeit

Wie diese Burschen mit dem gestohlenen Vermögen der Arbeiter umgehen, mag am Beispiel eines Konsumvereinskommissars geschildert sein. Dieser ganz unfähige Bursche hat sich sofort 380 Mark Gehalt gesichert und fährt im Auto spazieren. Kürzlich konnte er den noch ziemlich neuen Wagen an einer abschüssigen Stelle nicht mehr halten und fuhr auf ein Haus. Es passierte ihm nicht viel, aber der Wagen war unbrauchbar. Derselbe Bursche hat sich jetzt als ein ganz gefährlicher Schürzenjäger entpuppt, der die Abhängigkeit der Verkäuferinnen für seine Passionen ausgenutzt hat. Seine eigenen Pgs. laufen nun gegen ihn Sturm, aber man ist davon überzeugt, daß aus Prestigegründen wohl die Ankläger fliegen werden.

Der neue Gewerkschaftsbeauftragte Fink ließ sich auffallend lange nicht im Büro sehen. Jetzt hat sich herausgestellt, daß er anlässlich einer Versammlung in Siebeldingen während seiner Schimpfrede mit dem entscherten Revolver in der Tasche spielte und sich in den Oberschenkel schoß.

Lohnraub mit Nazihilfe

In der Maschinenfabrik Schön wurde ein neuer Ingenieur eingestellt, der die Aufgabe hatte, die Arbeitsleistung zu steigern. Dabei kam es zu schweren Konflikten, und ein Naziarbeiter, dem mit der Stoppuhr an der Hand nachgewiesen wurde, daß ihm der Akkordsatz um 10 Prozent gekürzt werden könne, ließ sich zu Beleidigungen hinreißen und wurde entlassen. In einer Betriebsversammlung wurde dann durch den Nazibetriebsrat dem Firmeninhaber das Konzentrationslager angedroht. Herr Antonie von Kaiserslautern wurde zur Schlichtung herangezogen und die Naziarbeiter waren ganz begeistert in der Erwartung seines scharfen Vorgehens gegen den unsozialen Unternehmer. Aber als Herr Antonie nach seiner eingehenden

Aussprache mit dem Unternehmer zur Betriebsversammlung kam, gab es lange Gesichter.

Der Herr Arbeitgeber verteilte nämlich die Arbeiter gehörig zusammen wegen ihrem geringen Verständnis für die Maßnahmen des Herrn Schön, der doch durch die Rationalisierung nur vaterländische Interessen vertrete und aus Exportgründen die Produktion verbilligen müsse.

Dieser Vorgang hat mehr gewirkt, als alle Agitation es vermochte.

In der Schuhindustrie geht es mit Ausnahme der Betriebe in Niederauerbach und Waldschbach sehr schlecht. Die besten Arbeiter verdienen infolge Kurzarbeit kaum noch 20 Mark pro Woche.

Empörung bei den Bauern

Besonders eindrucksvoll ist die Empörung der Bauern und Milchhändler. Unter Hinweis auf das Reichsmilchgesetz müssen jetzt fast überall die Bauern ihre Milch in städtische Sammelstellen abliefern. Diejenigen, die an Händler geliefert hatten, bekommen vier Pfennig weniger pro Liter und bei denjenigen, die sie gleich selbst verkauft haben, macht es sogar 14 Pfennige aus.

Darüber herrscht natürlich unter den Bauern eine ungeheure Empörung und in zahlreichen Fällen ist die SA-Uniform einst geradezu lautstarker Kämpfer für das Dritte Reich in großem Bogen in die Rumpelkammer gelogen.

Auch die Händler sind empört, weil sie erstens die Milch sofort beim Empfang bezahlen müssen und weil die neue Methode für sie auch eine Verdienstschnäherung von vier Pfennigen pro Liter bedeutet. Einige Händler erklärten: wir verkaufen keine Milch mehr und gehen aufs Wohlfahrtsamt. Aber da wurde ihnen sofort mit dem Konzentrationslager gedroht wegen Sabotage. Bei den Bauern wurde die Empörung noch gesteigert durch die Forderung, ein bestimmtes Quantum Magermilch als Viehfütterung von den Molkebeten zurückzukaufen. Sie schimpfen also, weil sie auf diese Weise ihre viel zu schlecht bezahlte Milch wieder zurückkaufen müssen.

Zu dieser Schädigung kommt nun noch die Vorbereitung zur Durchführung des Erbhofgesetzes. Bauern mit 25 Morgen Land wurde die Anwendung des Gesetzes angekündigt. Dadurch ist in zahlreichen Familien schon Haß und Streit eingekehrt, denn die jüngeren Geschwister wollen natürlich nicht die Knechte und Mägde der älteren werden. Diese Bauernpolitik wird Hitler noch schwer zu schaffen machen!

Berichte aus Schlesien

Die Versklavung der Arbeiterschaft

Aus Schlesien wird uns berichtet:

Der Betriebsratsvorsitzende der Niebag. (Niederachl. Bergbau A.-G.) selbstverständlich ein NSBO-Mann, dem nachgesagt wird, daß er sich der Interessen der Belegschaft gegenüber der Werksleitung angenommen hat, wurde vor die Gauleitung zitiert. Dort wurde ihm zitiert, daß er sein Mandat sofort niederzulegen habe,

da so wie er, ein Betriebsrat nicht mit dem Unternehmer verkehren dürfe.

Es wurde ihm gleich mitgeteilt, daß, falls er nicht freiwillig zurücktrete, seine Abberufung erfolge, was wohl heißen soll, daß er in ein Konzentrationslager gesteckt wird.

Betriebsversammlungen kommen nur noch auf folgende Weise zustande: Jeder Betriebsangehörige wird namentlich aufgerufen und muß sich in den Zug einreihen, dann geht es geschlossen mit einer SA-Kapelle an der Spitze und einer Eskorte von SA-Leuten zum Versammlungsort. Dort werden die Reden der nationalsozialistischen Amtswalter teilnahmslos angehört.

Im Waldenburger Kohlenrevier wurden im Januar Feierschichten eingelegt. Damit ist in der Bevölkerung das Märchen vom Wirtschaftsaufstieg mit einem Schlage widerlegt.

Denn Feierschichten im Januar hat es noch nie hier gegeben.

Gleichzeitig ist der Gedinge-Lohn

(Akkordlohn) gegenüber dem Januar 1933 um 20 Prozent niedriger, während die Margarine, die Hauptnahrung des Bergarbeiters, um 100 Prozent mehr kostet, Fleisch 25 Prozent, Butter 40 Prozent.

Winterhilfeschwindel — Betrug an Gefangenen

Die Erwerbslosen stellen auch im Waldenburger Gebiet Betrachtungen darüber an, wo die gesammelten Gelder des Winterhilfswerkes hinkommen. In Teilen des Kreises Waldenburg wurde bis heute nicht eine einzige Kartoffel an die Hilfsbedürftigen ausgegeben. In Waldenburg hat man einer Familie mit 7 Kindern eine Mark Unterstützung vom Hilfswerk ausbezahlt.

Daneben herrscht eine unglaubliche Korruption. In Dittersbach haben verschleierte Nazibonzen in dem Raum, in dem die gesammelten Waren aufbewahrt sind, ein Saufgelage abgehalten. Hinterher haben sie sich mit Mehl beworfen und einen Teil der Waren übermütig vernichtet.

Aus Oppeln wird mitgeteilt, daß auch dort den politischen Gefangenen untersagt ist, Lebensmittel von zu Hause zu erhalten. Dagegen kann auch hier im Gefängnis selbst eingekauft werden, aber zu überhöhten Preisen. Die politischen Gefangenen schreiben deshalb vielfach nach Hause um Geld, da die Verpflegung im Gefängnis selbst miserabel ist. In welche Gewissenskonflikte die armen Frauen, die nicht

das Notwendigste für sich und die Kinder haben, dadurch kommen, läßt sich leicht vorstellen!

Wie die Führer aussehen!

In Weißstein hat ein Gemeindevorarbeiter, stammer SA-Mann natürlich, 270 Mk. Verbandsgelder unterschlagen, trotzdem ist er heute noch im Amt. Im gleichen Ort mußte der Jugendleiter der HJ. herausgeworfen werden, weil er 120 Mk. Sammelgelder abzuliefern versagte.

Der Gemeindevorsteher von Niedersalzbrunn wurde abberufen, weil er alle Führer, die die Gemeinde zu vergeben hatte, selber übernahm. Dagegen protestierten die anderen PG., die auch den Gemeindepäckel schröpfen wollen.

Ebenfalls abberufen wurde der Gemeindevorsteher Hornig in Dittersbach/Neuhaus. Gegen ihn ist Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechen an Schulfrauen erhoben.

In Neibe wurde der kommissarische Bürgermeister Haucke, ein ehemaliger Rechtsanwalt, vom Amt suspendiert. Dem liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Herr Bürgermeister war mehr im Wirtshaus als in seinem Amtszimmer anzutreffen und meistens so besoffen, daß nichts mit ihm anzufangen war. Kürzlich fand nun wieder eine Zusammenkunft der Nazi-Bonzen in Oppeln statt, zu der auch Herr Haucke erscheinen mußte. Als es Zeit zur Abfahrt war, erschien der Chauffeur mit dem Wagen vom Wirtshaus und lud seinen Bürgermeister ein, da er die Hoffnung hatte, daß er bis Oppeln wieder nüchtern werden würde. In Oppeln angekommen, war Herr Haucke aber noch nicht nüchtern. Der Chauffeur hakte ihn unter und schleppte ihn in dieser Verfassung in den Saal, wo die anderen Bonzen beisammen waren. Darnach war es mit der Bürgermeisterherrlichkeit zu Ende. Aber auch der Chauffeur wurde sofort hinausgeworfen!

In Glaz wurde ein „alter Kämpfer“ besonders auffallend belohnt. Es ist der SA-Mann Fritz Protzek. Im Laufe seiner Tätigkeit für das Dritte Reich war er Tambourführer, Hilfspolizist, Grenzaufseher, Gefängniswärter. So nebenbei ist er nur 26 mal vorbestraft. Jetzt hat er einem armen Arbeiter aus seinem Schrebergarten Kaninchen geklaut. Dafür kam er vor das SA-Ehrengericht und wurde mit — drei Wochen Uniformverbot bestraft. Heute ist er Verwalter der Stedung Dewog.

Die Hauptsache

Ab 1. Februar haben alle Schuljungen in Görlitz vom 10. Lebensjahr ab wöchentlich eine Stunde, in der ihnen das Zerlegen des Gewehres beigebracht wird. Ab 1. Januar muß jedes Schulkind wöchentlich einen Pfennig für den Volksnotfonds — d. h. für die SA. — mitbringen.

Im Talar ins Gefängnis

Zu der Verhaftung des Pfarrers Weigenhan aus Waldenburg wird mitgeteilt, daß es richtig ist, daß der Pfarrer vor der protestantischen Jugend erklärt hat, Naldur von Schirach sei ein Jude und heiße eigentlich Baruch Meyer. Pfarrer Weigenhan wurde von einer Trauung weg verhaftet. Er weigerte sich, den Talar auszuleihen, man führte ihn deshalb dann im Talar und mit der Bibel in der Hand ins Gefängnis.

Die Denunziation

Das „Berliner Tageblatt“ versieht den Erlaß der Geheimen Staatspolizei über die Rückkehr von Emigranten mit folgendem Kommentar:

„In allen Fällen aber besteht die mehr oder minder große Möglichkeit, daß auch der, der ... das beste Gewissen hat, durch eine freundschaftliche Denunziation verächtigt und in Gefahr gebracht wird, unter Umständen auch noch nach bewilligter Rückkehr. Wir möchten annehmen, daß namentlich gegenüber dem Kreise, der offenkundig zur Klasse der verängstigten Flüchtlinge zählt, durch Festsetzung einer Ausschlussfrist für Denunziationen eine Garantie für die Sicherheit der Rückkehr gegeben wird.“

Der freundschaftliche Denunziant und das Regime sind Komplizen, der eine ist so unmoralisch wie das andere, und die Festsetzung einer Denunziationsfrist — die andere Seite der Ausschlussfrist — bestätigt das unmoralische Bündnis.

Katholischer Pfarrer verurteilt. Der Kölner Pfarrer Josef Schmitz wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er im Kirchenblatt anlässlich der Fronleichnamspredigt die Gläubigen aufgefordert hatte, dem Ernst des Tages entsprechend, die Häuser nicht „mit heidnischen Symbolen und verbögenen Kreuzen“ zu schmücken.

Gewerkschaften aufgelöst

Dafür ein neuer Titel: „Ehrenrat der Arbeit“

Als bei der Ankündigung einer Neuordnung der Deutschen Arbeitsfront die Kritiker davon sprachen, daß die Auflösung der Gewerkschaften geplant sei, wurde ihnen von den Kommandeuren der Arbeitsfront geraten, doch erst abzuwarten, denn man denke nicht daran, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Heute liegt der Wortlaut des Auflösungsbeschlusses vom 1. Februar 1934 vor, durch den die Gewerkschaften aufgehoben und ihre Mitgliedschaften zwangsweise in die N.-S.-Betriebsgemeinschaften überführt werden.

Zur Beruhigung der rebellierenden Gewerkschaftsmitglieder schreibt „Der Deutsche Techniker“:

„Eine organisatorische Neubildung der Deutschen Arbeitsfront ist geplant und war schon immer geplant. Die Aufrechterhaltung der Berufsverbände war ein soziales Erfordernis, bildete aber nur ein Uebergangsstadium...“

Die Bekanntgabe der bevorstehenden Auflösung der umgestalteten Gewerkschaftsverbände wurde erforderlich, als die Arbeitgeberverbände ebenfalls ihre Auflösung beschlossen.

Damit ist der Schlußstrich unter die vergangene Epoche des Klassenkampfes gezogen worden.“

Nach der neuen Verfügung werden die Verbände in eine betriebsorganisatorische Gliederung umgewandelt. Es entspricht dem Führer-Prinzip, daß der Betrieb die unterste Einheit bildet, wie es ja auch bei der gelben Werkvereinsbewegung gewesen ist. Künftig besteht jeder Betrieb aus der N.-S.-Betriebszelle und der N.-S.-Betriebsgemeinschaft.

Die Belegschaft ist damit sozial dem Unternehmer und politisch der NSBO. unterstellt...

Diese Betriebsgemeinschaften werden dann zu Orts-, Bezirks- und Reichsbetriebsgruppen zusammengeschlossen. Das ganze Reich wird nach den wichtigsten Wirtschaftszweigen in 19 Reichsbetriebsgruppen gegliedert.

Die Umorganisation hat so vor sich zu gehen, daß die bisherigen Gewerkschaftsmitglieder in die Betriebsgemeinschaften und in die Zusammenfassung der Betriebsgruppen übergeführt werden. Es wird auch in dem neuen Erlaß vermieden, auszusprechen, daß die Gewerkschaftsverbände aufgelöst werden; ihre Spitzen, der Gesamtverband der Arbeiter und der Gesamtverband der Angestellten, werden gleichfalls „übergeführt“.

Um die braunen Bonzen zu entschädigen, sollen die jetzigen „Amtswalter“ mit dem Aufbau der Betriebsgruppen betraut werden. Die bisherigen Verbandsleiter sind als Reichsbetriebsgruppenleiter vorgesehen. Die im Dritten Reich entscheidende Personalfrage ist also auf jeden Fall geregelt, die Gewerkschafts-Nazis sind untergebracht.

Die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften sollen ebenfalls auf die Betriebsgruppen übertragen werden. Hierzu werden in dem Erlaß wohlweislich keine Einzelheiten bekannt gegeben.

Die Betriebsgruppen sollen die berufliche Fortbildung der Mitglieder zur Aufgabe haben, während die politische Führung ausschließlich in den Händen der NSBO. gelegen ist. Alle Amtswalter müssen Pgs. sein.

Neben den Betriebsgruppen sind lediglich für einige Angestelltengruppen wie Chemiker, Techniker u. a. Ausnahmen vorgesehen. Nur für diese Schichten, die besondere fachliche Bildungsbedürfnisse haben, sollen die Berufsverbände „in der bisherigen organisatorischen Form“ belassen werden.

Außerdem soll neben den Betriebsgruppen noch ein Verband für weibliche Mitglieder bestehen bleiben, dem Unternehmerinnen, weibliche Angestellte und Arbeiterinnen angehören.

Es ist also alles darauf angelegt, die Solidarität der Arbeiterklasse zu zerschlagen.

Einmal werden die Arbeiter nach Betrieben getrennt, jede zwischenbetriebliche Organisation ist zerstört, dann werden die Angestellten von den Arbeitern isoliert und schließlich wird noch eine Trennung nach Geschlechtern organisatorisch festgelegt.

Die Gesamtorganisation zerfällt in

drei Teile: NSBO., Arbeitsfront und NS.-Gemeinschaft: „Kraft durch Freude“. Diese drei Säulen werden durch Personalunion miteinander verbunden. Innerhalb der Bezirke und Gaue herrschen die Obmänner der NSBO. unumschränkt, die Arbeitsfront besteht also nur dem Namen nach. In Wirklichkeit ist in Deutschland sowohl die frühere Gewerkschaft, als auch ihre faschistische Nachfolgeorganisation, die sog. Arbeitsfront, der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation geopfert worden.

Dem Arbeiter und Angestellten ist das gewerkschaftliche Instrument der solidarischen Selbsthilfe entwunden. Durch die faschistische Arbeitsordnung ist jedes soziale Recht abgeschafft. Die Belegschaft als „Gefolgschaft des Führers“ ist dem kapitalistischen Unternehmer unterstellt. Als Schutzpolizei für die kapitalistische Ausbeutung waltet die NSBO. ihres Amtes.

Das neue System will aber neben der

Schachts Niederlage

Rückgang der Auslandsschulden durch Valutaentwertung.

In seiner großkotzigen Weise hatte Schacht den ausländischen Gläubigern Deutschlands eine weitere Reduzierung ihrer Zinsen- und Tilgungsansprüche angekündigt. Bisher hatten sie 50 Prozent in bar und 50 Prozent in Scrips, das sind Anweisungen für eine einmalige künftig fällige Einlösung, erhalten. Die Hälfte der Scrips konnten sie an das Tochterinstitut der Reichsbank, die Golddiskontbank, zu 50 Prozent des Betrages verkaufen. Sie erhielten also praktisch 75 Prozent ihrer Ansprüche in bar, 25 Prozent in mehr weniger windigen Aussichten auf eine bessere Zukunft. Für die Schweizerischen und Holländischen Gläubiger war eine Sonderregelung getroffen. Sie wurden voll befriedigt, wogegen sie, resp. ihre Regierungen sich verpflichteten, Deutschland sogenannte zusätzliche Exporte zu ermöglichen.

Jetzt hatte Herr Schacht eine neue Verschlechterung beabsichtigt. Da der Export immer weiter zurückgeht, reicht der Deviseneingang für die bisherige Regelung nicht mehr aus. In Zukunft würden die Gläubiger nur 30 Prozent in bar und 70 Prozent in Scrips erhalten. Jedes weitere Zugeständnis sei unmöglich, er sei ein ehrbarer Kaufmann, denke nur

an das Wohl der Gläubiger, aber er könne sich nun einmal nicht anders helfen als durch einen weiteren Zugriff in die Taschen der anderen.

Die Methode hatte bisher großen Erfolg gehabt, aber diesmal versagte sie. Nicht nur die Schweizer und Holländer, sondern auch die englische und sogar die — Wallstreet sehr abgeneigte — amerikanische Regierung erklärte drohend, sie würden Vergeltungsmaßnahmen gegen eine weitere Expropriation ergreifen. Herr Schacht mußte klein beigeben und in eine Verständigungskonferenz mit den Vertretern der Gläubiger gendert.

Die Schweizer und Holländer erhalten in dem neuen Abkommen, das zunächst bis zum 30. Juni läuft, wieder die volle hundertprozentige Erfüllung ihrer Forderungen. Aber auch die anderen Gläubiger konnten nicht nur die Verschlechterung abwehren — sie erzielten noch eine Verbesserung. Konnten sie bisher zusammen mit dem Verkauf ihrer Scrips 75 Prozent ihrer Ansprüche in bar befriedigt erhalten, so werden sie durch die neue Regelung 77 Prozent erzielen. Statt eine Verbesserung zu erreichen, hat Herr Schacht mit all seiner Großspürigkeit eine Verschlechterung in Kauf nehmen müssen, die gegenüber dem bisherigen Zustand ein Mehrerfordernis an Devisen von ca. 30 Millionen für das Halbjahr ausmachen dürfte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der

ständige Rückgang der deutschen Auslandsschulden. Nach den Angaben des Konjunkturinstituts, wobei es sich übrigens um nicht immer zuverlässige Schätzungen handelt, hatte die politische und kommerzielle Auslandsverschuldung Deutschlands Mitte 1930 ihren Höhepunkt mit 26—27 Milliarden Reichsmark erreicht. Die Abzüge des Auslands bis zum Eintritt der Bankenkrise drückten den Betrag auf 23,8 Milliarden herab. Davon waren rund 13 Milliarden kurzfristig. Seit Juli 1931 hat sich die Gesamtverschuldung auf 14,6 Milliarden im September 1933, d. h. um 9,2 Milliarden vermindert durch Abzüge der ausländischen Gläubiger, durch die Entwertung des Pfundes und des Dollars, sowie durch vorzeitige und freiwillige Zurückzahlung.

Dabei ist am interessantesten, daß jetzt durch das Konjunkturinstitut unsere Schätzung bestätigt wird, daß die durch die Valutaentwertung bewirkte Verminderung bis September 1933, etwa 3,9 Milliarden betrug. Das heißt, — seit September 1931, dem Beginn der englischen Pfundentwertung, hat die deutsche Volkswirtschaft eine Entlastung von 4 Milliarden Reichsmark erfahren — ein Geschenk, das ihr in den zwei schwersten Krisenjahren zugefallen ist. In der Hauptsache in dem Jahr der Hitler-Diktatur! Die Krise hätte sonst einen noch schwereren Verlauf genommen. R. K.

„Deutscher Sozialismus“ Nationalsozialistische Ausprägung

„Es wird immer Arme und Reiche. Mächtige und weniger Mächtige geben — es wird auch nicht möglich sein, sich und andere über die praktischen Folgen hinwegzutäuschen, die sich daraus ergeben.“ („Frankfurter Zeitung“, Nr. 36.)

„Das Winterhilfswerk hat das Schlimmste an Not zu beseitigen versucht und auch da wieder ist ein ganz charakteristischer Vorgang festzustellen: daß aus den ärmsten Städten und aus den ärmsten Stadtteilen die größten Opfer kommen.“ (Göbbels, am 15. Januar im Berliner Lustgarten.)

„Die Lohnfrage hindert die Ausbeutung des Krümpersystems, da teilweise das Einkommen unter der Arbeitslosenunterstützung liegt.“ („Vossische Zeitung“, Januar.)

„Die Invaliden- und Knappschaftsversicherung sind vor dem Zusammenbruch gerettet worden. Zwar ist dies nicht ganz ohne Opfer abgegangen, aber es ist zu hoffen, daß die Entwicklung der Wirtschaft auch hier die leichten Wunden bald heilen wird.“ (Ley im „Dortmunder Generalanzeiger“, am 14. Januar.)

„Neben den mit Notstandsarbeiten beschäftigten 42.822 Arbeitslosen gab es in Ostpreußen am 31. Dezember 1933 aber noch 37.474 Arbeitslose, die stempeln müssen. Es sind also mehr als die Hälfte der ostpreussischen Erwerbslosen mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Das ist ein sehr hoher Prozentsatz, der wohl kaum in anderen Provinzen erreicht wird. — „Ostpreußen — frei von Arbeitslosen.“ („Vossische Zeitung“, 13. Januar 1934.)

„Der Entschluß der Studentenschaft der Universität Berlin, auf den althergebrachten Ball zu verzichten und die volle Kraft der Studentenschaft in den Dienst des Winterhilfswerks zu stellen, beweist den deutschen Sozialismus der Tat.“ („Chemnitzer Anzeiger“, Januar.)

Krupp

Das Dritte Reich lohnt sich

Das größte deutsche Unternehmen der Schwerindustrie, Krupp, ist ein lebendiger Beweis für die einseitige Begünstigung der Kriegsindustrie durch die Regierung. 15 Jahre lang befand sich das Unternehmen in Schwierigkeiten. Auch jetzt hat es einen geringeren Export als im Vorjahr. Trotzdem geht es ihm recht gut. Rohisen, Rohstahl und Walzwerk-Erzeugung haben sich gewaltig erhöht. Aber, und das ist wohl das Interessanteste an der Bilanz für 1933: Während die Arbeiter- und Angestelltenzahl um volle 14.000 auf annähernd 60.000 Personen stieg, sank gleichzeitig die ausgezahlte Lohn- und Gehaltssumme um zwei Millionen Mark. Der Durchschnittslohn sank von 1460 Mark im Jahr auf 1000 Mark! So zeigt die Krupp-Bilanz mit ihren trockenen Ziffern ziemlich eindeutig, wer das erste Jahr des neuen Regimes als Aktivum buchen kann.

Belohnt für Hetze. Der Sonderstaatsanwalt im Prozeß gegen Professor Dessauer, Bork, ist zum Landgerichtsdirektor in Berlin ernannt worden.

Oranienburg

Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten.
Von Gerhart Seger-Dessau M. d. R. Mit einem Geleitwort von Heinrich Mann.

Aus dem Inhalt: Vom Gefängnis ins Konzentrationslager
Folterkammer - Zimmer 16 / Der Tageslauf in Oranienburg / Die verantwortlichen SA-Führer des Lagers
Die Gefangenen des Lagers / Wie Ebert, Heilmann und die Leiter des Rundfunks eingeliefert wurden
Abgeordnete säubern Oranienburg / Mißwirtschaft bei der Lagerverwaltung / Die SA im Lager / Wenn uns unsere Frauen besuchten / Der 12. November im Lager
Die Steinsärge von Oranienburg

Ist bereits erschienen! Ca. 80 Seiten stark.
Preis K \checkmark 10.—. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt von der Verlagsanstalt „Graphia“
Karlsbad, Kantstraße.

Der revolutionäre Kampf

Seine Bedingungen und seine Ziele

In der „Zeitschrift für Sozialismus“, Heft 5, erscheint ein Aufsatz „Revolutionärer Sozialismus“, der Stellung zu der Kundgebung des Sozialdemokratischen Parteivorstandes nimmt. Wir geben aus diesem Aufsatz folgendes wieder:

Auf die Zeit der höchsten Organisationsentfaltung ist die Zeit der völligen Atomisierung der dem Faschismus unterworfenen Menschen gefolgt. Wie kann unter solchen Bedingungen sich eine Arbeiterbewegung entfalten, welche Methoden des Kampfes kann sie anwenden und welche Ziele ihres Kampfes muß sie sich setzen?

Man muß sich zunächst klar machen, daß der Sieg des Faschismus die deutsche — und ähnliches gilt von der italienischen Arbeiterbewegung — in eine grundstürzend neue Position gebracht hat. Ihre Kampfmethoden sind ihr durch ihre Gegner vorgeschrieben und der politische Kampf der deutschen Sozialisten ist von denen der sozialistischen Parteien in anderen Ländern ebenso verschieden wie die Diktatur Hitlers und Mussolinis von den Regierungsmethoden Frankreichs, Englands oder Dänemarks. Für irgend einen Reformismus ist einfach kein Raum mehr, denn der Reformismus setzt zum mindesten legale Betätigungsmöglichkeit voraus. Der deutsche Kampf aber kann nur ein revolutionärer Kampf in der vollen, unmittelbaren, engeren Bedeutung des Wortes sein: Kampf mit allen Mitteln zu dem Ziel der revolutionären Machtergreifung und völliger Vernichtung des Faschismus. Diesem Ziel ist schlechthin alles und zu allen Zeiten — im Krieg und Frieden — untergeordnet, weil nur so allein die Freiheit der deutschen Arbeiter verwirklicht werden kann. Eine andere politische Bewegungsform kann es für die deutsche Arbeiterbewegung gar nicht geben und damit auch keine andere als revolutionäre Gesinnung.

Aber auch in der Wahl der Mittel sind wir nicht frei. In dem augenblicklichen Stadium ist die erste Aufgabe die Schaffung und Ausbreitung von illegalen Organisationszentren. Die Art der Organisation ist aber weitgehend vom Zwang der Gegner auferlegt. Die russische Sozialdemokratie spaltete sich einst in Menschewiki und Bolschewiki über die Frage der Organisationsform. Die Menschewiki verfochten als Ziel eine möglichst die Massen erfassende Organisation, die Bolschewiki die Schaffung von kleinen Zirkeln, die die revolutionäre Elite umfassen sollten. Alle Sozialdemokraten — besonders eindrucksvoll Rosa Luxemburg — vertraten die Massenorganisation, die in dem zerrütteten Staatsgefüge des Zarisismus eine Möglichkeit war. Für uns existiert der Streit — wenigstens heute — nicht. Nicht nur die ungeheure stärkere Staatsmacht und die Ungeheuerlichkeit ihrer Brutalität, sondern auch der augenblickliche Zustand der deutschen Gesellschaft, in dem jeder zweite Mensch ein Spitzel und freiwilliger Hilfspolizist des herrschenden Regimes ist, beschränkt die Möglichkeit der Organisation auf kleinste Gruppen, zwingt zu weitgehender Dezentralisation und zu vorsichtigstem, streng konspirativem Vorgehen. Erst die Erschütterung des faschistischen Systems durch die fortschreitende Enttäuschung der Massen wird die Möglichkeiten erweitern und den Organisationen Einflußmöglichkeiten auf die Massen verschaffen.

Das ist gewiß eine bittere Erkenntnis; denn sie zeigt die Ende der Betätigungsmöglichkeit nicht nur, sondern offenbart zugleich andere Schwierigkeiten und Gefahren. Diese kleinen konspirativen Zirkel fühlen sich — angesichts ihrer Opferbereitschaft und ihres Mutes mit hohem Recht — als eine Elite. Sie beanspruchen für die von ihnen gefundene Organisationsform

leicht die alleinige Geltung, für ihre Konzeption erheben sie den Anspruch auf Führung. Soll trotz der unvermeidlichen Teilung der Arbeit in Deutschland selbst die Zersplitterung überwunden werden, so müssen diese Zentren im Ausland ihr einigendes Band erhalten.

Das ist die erste und augenblicklich wichtigste Funktion der revolutionären Leitung im Ausland. Sie muß die von ihr angeregten oder spontan sich bildenden Zentren mit allen verfügbaren Mitteln fördern, sie muß die Formen finden, die sich als lebensfähig erweisen und anderen widerraten, sie muß die gemachten Erfahrungen in ständiger eng-

Jedes demokratische Recht wird aber zur Bedrohung der Diktatur. So erweitert sich der Kampf um die Demokratie zum Kampf um die völlige Niederrichtung der nationalsozialistischen Herrschaft, um die Eroberung der Staatsmacht.

Der Kampf um demokratische Rechte erscheint hier nicht als willkürliche Forderung, als Geltungsanspruch einer von vornherein vorhandenen Lehrmeinung. Er ergibt sich aus der Lage der Arbeiter, aus den Bedingungen der für sie notwendigen Kämpfe. Der Kampf um die Demokratie ist zugleich in keinem Stadium Selbstzweck. Er erweitert sich —

Die Steeche



ster Fühlung und Zusammenarbeit mit den Leitern der illegalen Arbeit in Deutschland für den revolutionären Kampf nutzbar machen.

Die klare Erkenntnis der kompromißlosen revolutionären Situation und der durch sie geforderten Kampfmittel ist ein richtiger Bestandteil der Prager Kundgebung. Wie aber stellt sich ihr die Dynamik der Kämpfe und die daraus abzuleitenden Ziele dar?

Die Diktatur hat die Arbeiter durch Unterdrückung ihrer Organisationen der Willkür des Kapitals ausgeliefert. Diese einseitige Verschiebung der Machtverhältnisse bedroht die Arbeiterschaft mit fortschreitender Verschlechterung der Lebenshaltung. Das zwingt die Massen zum Kampf für die Sicherung und Hebung ihrer materiellen Existenz. Aber jede Lohnbewegung ist verboten, jeder Streik wird zur politischen Rebellion. Aus dieser Situation wird mit Notwendigkeit die Forderung nach Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit und der Schaffung sozialer Kampforganisationen der Arbeiter erwachsen. Ihre Koalitionsfreiheit ist nicht möglich ohne ihre Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit. Aus den unbeweisbaren Bedürfnissen der Arbeiterschaft ergibt sich so die Forderung nach politischen Rechten, entspringt der Kampf um ihre demokratische Bewegungsfreiheit. Ihre Erringung wird zur Notwendigkeit, um die Arbeiterbewegung als Massenbewegung wieder möglich zu machen.

wieder mit zwingender Notwendigkeit zur Niederrichtung der faschistischen Macht, zur Eroberung der Staatsgewalt. Die so eroberte Demokratie ist nicht die Basis, der „beste Boden“, auf dem die Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die politischen Kämpfe zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien nun wieder aufgenommen werden, etwa in der Form, in der sie vor dem Sieg des Faschismus in der Weimarer Republik geführt wurden. Der Sieg der Demokratie ist nur möglich, nachdem die nationalsozialistische Diktatur in schwerem Ringen niedergeworfen, die Gegner des Faschismus im Bürgerkrieg die Oberhand gewonnen haben. Diese Art der Eroberung der Macht bestimmt aber ihre Ausübung. Die Demokratie hat durch ihre Eroberung in einer siegreichen Revolution einen völligen Funktionswechsel erfahren. Die Staatsmacht geht auf eine starke revolutionäre Regierung über, die, getragen und kontrolliert von der siegreichen revolutionären Massenpartei, die Staatsmacht für die siegreiche Revolution zu sichern und den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln hat.

Es ist eine merkwürdige Sache, daß die meisten Menschen die politischen Formen an sich, losgelöst von ihrem Werden, losgelöst von den gesellschaftlichen Umständen, betrachten, aus denen sie erwachsen. Und doch ist es eine primitive Erfahrung, daß z. B. das gleiche

Wahlrecht, in langen Kämpfen erobert, andere Wirkungen ausübt als dasselbe Wahlrecht, oktroyiert von einer befestigten, reaktionären Regierungsmacht. Und so werden jetzt viele von der Furcht geschüttelt, die Demokratie, die den Sieg des Faschismus nicht verhindert hat, könnte zum zweitenmal die Arbeiterschaft um die Frucht des Sieges bringen, falls sie zur Demokratie zurückkehrt.

Diese sehr einfache und deshalb manche überzeugende Betrachtung verleiht nur ganz den völligen Funktionswechsel, den die Demokratie durch eine siegreiche Revolution erfährt. Der politische Umschwung von 1918 vollzog sich am Abschluß einer konterrevolutionären Entwicklung. Nicht durch den organisierten revolutionären gewollten Kampf der Arbeiterklasse, sondern durch die Niederlage auf den Schlachtfeldern wurde das kaiserliche Regime beseitigt. „Die Sozialdemokratie übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten staatlichen Apparat teilte. Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging.“ So heißt es in der Kundgebung.

Kann jemand sich vorstellen, daß die Wiederholung einer solchen Situation möglich ist? Hieße das nicht, die notwendige Dynamik einer echten Revolution völlig verkennen? Der aus dem Bürgerkrieg hervorgegangene Revolutionsregierung sind ihre Aufgaben durch denselben geschichtlichen Zwang vorgeschrieben, der sie selbst zur Macht getragen hat: Zerstörung der feindlichen Staatsmacht, Aburteilung der Staatsverbrecher durch revolutionäre Gerichte, Reinigung der Bürokratie, der Justiz, des Militärs und Besetzung aller wichtigen Stellen durch Vertrauensmänner der Regierung, Sicherung der Revolution gegen die sozialen Träger der Reaktion, also entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie, Uebernahme der Reichsbank und der Großbanken in Besitz und Verwaltung des Reiches — das wird das Minimalprogramm dieser Regierung sein, ihre ersten Maßnahmen, zu denen sie ihre Legitimation nicht von Wahlen zu erhalten braucht, weil ihre Existenz beweist, daß hinter ihr der Wille der großen Mehrheit des aktiven, kampfbereiten und kampffähigen Volkes steht, das den Sieg errungen hat.

Ist aber so die neue Staatsmacht gesichert, sind die Gegner niedergeworfen, ist der Staatsapparat, sind die wichtigsten wirtschaftlichen Stellungen fest in der Hand der Regierung, was für einen Inhalt soll dann die Diktatur haben? Sie birgt dann nur die Gefahr in sich, zur Diktatur gegen die Arbeiterschaft zu werden und einen Sozialismus zu schaffen, der vielleicht etwas materielle Verbesserung, aber sicher keine kulturelle Höherentwicklung bedeutete und sehr weit entfernt wäre von dem Ziel der „freien Assoziation“ des Kommunistischen Manifests, von dem Ziel der Aufhebung des alten Gegensatzes zwischen Staat und Gesellschaft!

„Deutsche Gegenregierung“

Mit „ständischer Selbstverwaltung“ und „arteigenem Gottglauben“.

Ein „Aktionskomitee der Deutschen Revolution“ unter Führung Otto Straßers ist am 30. Januar mit einer Erklärung hervorgetreten, die zwar an der Hitlerei scharfe Kritik übt, aber doch zu erkennen gibt, daß es sich nur um eine andere Sorte von Nationalsozialismus handelt, die an die Stelle der derzeit regierenden gesetzt werden soll. Wenn sich zudem das Aktionskomitee in einem Schreiben an die Presse als „deutsche Gegenregierung“ empfiehlt, so betritt es damit ein Gebiet, auf dem der Ernst des politischen Kampfes aufhört.

Die Nazi-Intelligenz hungert

Zerstörte Illusionen bei den freien Berufen

Wie es Arbeitern und Angestellten im neuen Deutschland ergeht, abgesehen von jenen, die wegen ihrer jüdischen oder marxistischen Vergangenheit zum größten Teil aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschaltet sind, ist zur Genüge bekannt. Wer von ihnen nicht führend in der nationalsozialistischen Bewegung tätig war und sich nicht dadurch das Anrecht auf einen gutdotierten Posten erworben hatte, mußte bald erkennen, daß ihm auch im Dritten Reich keine gebrauchten Hühner in den Mund flogen. Der dauernde Lohn- und Gehaltsabbau, verbunden mit Preissteigerungen, die einsetzende Entrechtung, gekrönt durch das neue Arbeitsgesetz, versetzte auch die Pgs.-Arbeiter und -Angestellten nicht weniger in Erregung, als die offenen und heimlichen Gegner Hitlerschen „Sozialismus“ unter der Arbeiterklasse. Hatte man in diesen Kreisen auf die Versprechungen der Nazis gebaut und sich eine Besserung durch die „Führer“ erhofft, so erwarteten in besonderem Maße gerade die sogenannten „Freien Berufe“ von der Regierung Hitler das goldene Zeitalter. Auf den ersten Blick hin mit einer gewissen Berechtigung. Immer wieder war ihnen die furchtbare Konkurrenz durch Juden und Judenstämme vor Augen gehalten worden, immer wieder versicherte man ihnen, daß die Austreibung solcher unangenehmen, „volksfremder“ Konkurrenten ihre Lage bessern werde. Man „bewies“ ihnen mit Zahlen, wie glänzend es ihnen gehen würde, wenn man die Juden erst los sein würde und vertröstete sie auf eine beginnende herrliche Ära des Geldverdienens.

Die gefälschten, weit übertriebenen statistischen Ziffern, die man der Beteiligung von Juden an den „Freien Berufen“ unterschob, sollten diese Hoffnungen unterstützen. 52 Prozent aller Aerzte in Deutschland seien Juden, so hieß es, in Provinzstädten erhöhe sich dieser Satz bis auf 75 Prozent, und wenn die ausgeschaltet wären, müßte es den deutschen Aerzten glänzend gehen. In Berlin wären von den Anwälten 45 Prozent, in Hamburg 25 Prozent, in Frankfurt a. M. gar 64 Prozent Juden. Was müßten die Anwälte zu tun haben, wenn sie diese Konkurrenz erst los wären?

Oder bei den Wissenschaftlern? Da gab es bei den medizinischen Fakultäten 1932 angeblich 45 Prozent gegenüber 1914 26 Prozent jüdische Lehrer. Wie gut müßte es den deutschen Fakultäten 1932 angeblich 50 Prozent jüdische Lehrer. Wie gut müßte es den deutschen Wissenschaftlern gehen, wenn erst die Juden überall entfernt wären!

Heute sind sie alle restlos entfernt und mit ihnen noch alle Judenstämme bis ins dritte Glied und jene Elemente, die sich einmal demokratischer oder sozialistischer Gesinnung verdächtig gemacht hatten. Da sollte man denken, daß es jetzt den „Freien Berufen“ in Deutschland wirklich hervorragend ginge.

Ganz im Gegenteil! Es geht ihnen so schlecht wie nie zuvor. Das „Aerzteblatt von Berlin“ veröffentlichte vor kurzem einen Jammerartikel über die Not des Aerztestandes.

Und das, trotzdem doch nach der früheren nationalsozialistischen Statistik von 60.000 deutschen Aerzten 30.000 aus dem Beruf eigentlich ausgeschaltet sind.

Nach den Angaben des „Aerzteblattes“ haben von den heute in Deutschland 50.000 tätigen Medizinern zirka 7000 überhaupt keine Existenzbasis. Ungelähr 9000 erreichen nicht ganz das Existenzminimum von monatlich 160 Mark, während weitere 12.000 ein Einkommen von 300 Mark erreichen.

Die Reichsversicherung, die städtischen, gemeindlichen und privaten Krankenversicherungen, die nur noch arische Aerzte beschäftigen, können heute noch lange nicht alle Aerzte beschäftigen. Privatpraxen sind nur noch bei wenigen auserwählten Aerzten vorhanden.

„Es hat sich bisher noch nicht gezeigt, daß die Abwanderung der arischen Patienten von jüdischen Aerzten einen großen Einfluß auf die Einkommensverhältnisse der deutschen Aerzteschaft ausgeübt hat, obwohl nur 500 jüdische Aerzte bisher aus Deutschland ausgewandert sind“; so heißt es da.

Die Honorare der Versicherungen sind dertart gering, daß ein Arzt pro Tag mindestens 25 Patienten haben muß, um überhaupt leben zu können. Der Strompreis, die Kosten für die Praxen usw. sind gestiegen, die Honorare sind vermindert worden, es gibt viele Kassen, die nur noch 2 Mark pro Patient bei erster Untersuchung und 1 Mark bei weiteren Besuchen bezahlen. Selbst Aerzten mit großer Privatpraxis geht es nicht mehr glänzend, denn wenn überhaupt, so werden die Arztrechnungen nur in langen Raten schleppend beglichen. Hingegen wurden den Aerzten große Lasten aufgebürdet. Beiträge für den Bund und Verband, Abgaben aller Art, kostenlose Behandlung von SA- und SS-Leuten usw., das alles macht eine materielle und ideelle Belastung aus, die den Medizinern ihre Arbeit nicht erleichtert.

Ganz ähnlich geht es den Rechtsanwälten, obwohl hier das konkurrierende jüdische Element noch viel rigorosser ausgeschaltet ist.

In den einzelnen Großstädten hat sich die Zahl der Anwälte durch Ausschaltung der Juden, die nicht mehr vor Gericht auftreten können, sehr stark vermindert. Daß es dadurch den verbliebenen arischen Advokaten besser geht, wurde bis jetzt noch nicht einmal offiziell behauptet. Die Zivilgerichte sind heute nicht mehr voll beschäftigt, da Klagen keineswegs beliebt sind. Wenn man nicht muß, geht man heute in Deutschland nicht vor Gericht. Die Angst ist zu groß. Finanzielle Transaktionen, die früher einen Anwalt benötigten, Verträge usw. Notariatsgeschäfte, sind so verschwindend geworden, daß auch der Anwaltsstand durch die Entfernung der marxistischen und jüdischen Elemente nichts gewonnen hat. Früher gab es in Berlin z. B. 4200 Anwälte,

davon beinahe 2000 jüdische. Heute sind es nur noch 2500 und die haben nichts zu tun. Für Armensachen gibt es, abgesehen davon, daß sie sehr spärlich sind, ein Bettelhonorar, die ex offio-Gebühren sind bei Gericht von 40 Mark auf 15 Mark gesenkt worden. Tatsächlich geht es nur jenen Anwälten noch einigermaßen, die durch die Aufnahme eines bekannten jüdischen Kollegen als Bürobeamten sich andere gute Klientel ergatterten. Aber selbst das happens es. Denn die Vorlagen an Gerichtskosten, die oft später nicht einmal einzutreiben sind, bringen die Anwälte in mißliche Lagen. Der nationalsozialistische Juristenbund errechnete für die 40.000 arischen Rechtsanwälte in Deutschland ein Durchschnittseinkommen von 230 Monat pro Monat. Das heißt so viel, als daß mindestens 50 Prozent ganz ohne Einkommen sind und da es in jeder Großstadt eine wenn auch bescheidene Anzahl von Advokaten gibt, die es über 1000 und bis auf 2000 und mehr Mark pro Monat bringen, der weitaus größte Teil der deutschen Anwaltschaft das Existenzminimum nicht erreicht.

Oranienburg

Gerhart Segers Tatsachenbericht

„Auch außerhalb der Konzentrationslager häuft sich im ganzen Lande eine unvorstellbare Masse von Unrecht und Abscheulichkeit, den Ausschweifungen widerlicher Triebe. Ein ganzes Volk wird durch Schrecken entsetzt und verbraucht...“

So schreibt Heinrich Mann im Vorwort des soeben erschienenen Buches, in dem Gerhart Seger auf 73 Seiten seinen Bericht niederlegt, über Erlebtes und Erlebtes im Konzentrationslager Oranienburg. (Verlagsanstalt „Graphia“, Karlsbad.)

Auf dem weiten, gepflasterten Hofe wurden Menschen mit: Röhr! Euch! und Stille! sinnlos gepeinigt, wurden Häftlinge mit dem Gummiknüppel hin- und hergelagt. „Eine Anzahl junger Menschen, alle mit glattgeschorenem Kopfe, trugen Schutt und Steine aus einer Ecke des Hofes in die andere und aus der andern wieder in die eine; manche waren damit beschäftigt, mit kleinen Holzstückchen und Glassplittern das zwischen den Pflastersteinen des Hofes wuchernde Gras Halm für Halm auszurupfen...“ Dieses Stück Irrenhäuserel steht am Beginn seines Gefangenen-Martyriums, und von da an steigert sich das Grauen Tag um Tag. An die tausend unschuldige Menschen, gegen die nichts vorliegt als ihre freihetliche Gesinnung, sind nachts in den frostigen Kühlkeller einer Brauerei zusammengepfercht, werden tagsüber mit blödsinniger Zwangsarbeit geschunden, haben keine freie Stunde, die ihnen wirklich gehört, sind der Willkür stumpfer brauner Landsknechte preisgegeben, werden je nach Laune ihrer Kerkermeister körperlich und seelisch mißhandelt. Die Folterkammer ist Zimmer 16. Wer „zur Vernehmung“ dorthin gebracht wird, kommt zerschlagen wieder heraus. Dunkelarrrest ist zu human — eine braune Bestie erfindet den Steinsarg, in dem der Häftling

Bei den freien Schriftstellern sieht es ganz schlimm aus. Sie können mit wenigen Ausnahmen für ihre Geistesprodukte kaum einen Verleger finden und selbst wenn sie gedruckt werden, so ist der Absatz von Büchern und Druckschriften heute so gering, daß nur Hungerhonorare herauskommen.

So betrug z. B. die Halbjahresabrechnung eines Theaterschriftstellers für ein Stück, das an verschiedenen Bühnen mehrmals aufgeführt wurde, ganze 267 Mark. Mit geringen Ausnahmen von Prominenten geht es 20.000 deutschen Schriftstellern, die gezwungen sind, ohne amtliche Nebenverdienste von ihrer Feder zu leben, ganz hundsmiserabel. Daran kann auch der Hinkische Kulturbund nichts ändern, wenn er Preisausschreiben und alle möglichen sonstigen Veranstaltungen zugunsten der Schriftsteller aufzieht! Die leeren Plätze der vertriebenen oder vor den Hitler-Vandalen geflüchteten geistigen Elite konnten weder in der Wissenschaft noch in der Literatur noch überhaupt in den „Freien Berufen“ eingenommen werden! C. H.

nicht stehen, nicht sitzen noch liegen kann. Viele Gefangene laufen zerschlagen herum. Ernst Heilmann, der Kriegerverletzte, wird planmäßig immer wieder mißhandelt. Als er mit Ebert und den vier Rundfunkleitern zum ersten Male im Hofe steht, werden ihnen die Köpfe lächerlich geschoren. Vor versammeltem Lager empfängt die Wehrlosen eine gemeine, beschimpfende Rede. Vor versammeltem Lager müssen sie sich entkleiden. Ihre Sachen werden kommunistischen Gefangenen hingeworfen; einige von denen wenden sich angeekelt ab, andere stürzen sich begeistert darauf. Die meisten dieser „Kommunisten“ können nichts von Solidarität mit den sozialistischen Leidensgenossen, freuen sich über Verhöhnungen sozialdemokratischer Führer, denunzieren und verraten sie aus Dummheit, dumplem Haß oder für kleine Sondervorteile. Verdorbene Arbeiter, die gesinnungslosem Lumpenproletariat näher stehen als irgendwelchem Sozialismus.

Auch dieser Zug gehört zu dem alldruckhaften Bilde, das gerade durch die braune Alltagsbosheit so entsetzlich wirkt. Da ist die „Hindernisbahn“, über die kranke, marode ältere Männer unter dem fröhlichen Hallo von SA-Rotnasen mit dem Gummiknüppel gehetzt werden. Da jagt man Frauen nach Hause, ohne daß sie ihre seufzenden Männer sprechen dürfen. Da sind die vielen kalten, schleichenen Boshelten. Segers Kriegsnahe, feierlich abgemessen, wird auf dem Steckbrief vermerkt wie eine Kuriosität. Einige wenige SA-Leute wollen mit gemeinen Schindereien nichts zu tun haben, der übergroße Teil jedoch ist dumm, roh, politisch uninteressiert. Ihre Gespräche drehen sich um Sold, Abzüge, Schulden, Saufgelage, Geschlechtsverkehr. Nicht einer, der sich mit Büchern beschäftigt. Seger denkt an die sozialistische Arbeiterjugend, welche ein Lern- und Wissenstrieb, welche Summe von Fleiß und Willenskraft, zwei Welten! Welch ein Maß von Dummheit und kalter Niedertracht bei den führenden Lager-

Giftgas als Kindernahrung

Sprachunterricht in „nationalem Geist“.

Die deutschen Funksendungen sind zum Ueberdruß bekannt und bleiben sich gleich: Kriegerlieder wechseln mit Friedensreden, auf schnittige Marsche folgen Beteuerungen, daß Deutschland zu den versöhnungsbereitesten, lebenswürdigsten Ländern der Erde gehöre.

Könnte man die offiziellen deutschen Sender ausschalten und anstatt dessen aus allen Schulstuben des Dritten Reiches kleine „Schwarzsender“ machen — es bedürfte keiner weiteren Aufklärung: die Welt wüßte Bescheid. Nicht in den Rüstungsfabriken, nicht in den chemischen Werken werden die tödlichsten Waffen gegen europäische Kultur und Zivilisation geschmiedet; auf den Kathedern, in den Klassenräumen werden sie mit raffinierter Sorgfalt konstruiert. Die Gymnasiallehrer, die Studierräte, die 1914 ihre sechzehnjährigen Schüler kaltblütig sterben schickten und selbst unabhkömmlich hinter ihren Büchern hocken blieben, sind wieder am Werk und formen in den jungen Köpfen ein Weltbild, von dessen böser Verzerrtheit der Uebungswelt sich schwer einen Begriff machen kann.

Es gab eine Zeit — und sie liegt noch nicht weit zurück — da diente der fremdsprachliche Unterricht dazu, der Jugend andere Völker nahezubringen. Heut erfüllt er einen anderen, sozusagen heiligen Zweck: die „Artverschiedenheit“ so gehässig zu betonen, daß die Schüler, wenn wieder die langersehnte Zeit des „Feste druff“ hereinbricht, im Gegner

eine Art Halbtier sehen, das zu erlagen Sport und Spaß ist: jeder Schuß — ein Ruß, jeder Stoß — ein Franzos, jeder Tritt — ein Brit usw. usw.

Die „Hamburger Richtlinien“ vom 15. September 1933 deuteten das auf zarte Weise an:

Aus dem fremden Schrifttum sind diejenigen Ideen und geschichtlichen Leistungen lebendig zu machen, die den treibenden Kräften im deutschen Leben erhöhte Stoßkraft verleihen und den nationalen Lebenswillen zu selbstbewußter Sicherheit und tätiger Aeußerung führen können. Auf die „erhöhte Stoßkraft“ hat sich inzwischen jeder lehrsamtsbefähigte Rauschebart selbst seinen Vers gemacht, und es wird niemanden wundern, wenn — wie uns jüngst eine deutsche Mutter erzählte — Achtjährige mit dem auswendig gelernten Satz nach Hause kommen: „Die Tschechen sind ein Sklavenvolk, sie haben einen hinterlistigen, mißgünstigen und feigen Charakter.“

In einer Denkschrift des Deutschen Philologenverbandes, die Mitte November zu den schulpolitischen Verhandlungen im Reichsinnenministerium vorgelegt wurde, hieß es:

„Fremdes Volk ist Menschentum anderer Wesensart. Seine geistig-seelische Welt ist von der unseren grundverschieden. Gehalt und Stufenordnung seiner Wertwelt weichen bis in die letzten Tiefen ab, eine ganz andere Sinnes- und Denkweise und eine ganz andersartige Idealwelt ist in ihm mächtig.“

Im Januarheft der „Neuphilologischen Monatschrift“, die in Leipzig erscheint, befaßt sich ein Schulmann namens Adolf Bohlen mit der „nationalpolitischen Linie im neu sprachlichen Unterricht“. Er schreibt:

...Es empfiehlt sich, das Gefühl für

das Anderssein des fremden Volkes noch mehr zu unterbauen... In keinem Augenblick darf der Gedanke verdunkelt werden, daß die deutsche, französische und englische Sprache der Ausdruck dreier verschiedener Wesenheiten sind... Es sind andere Welten.

Als englische Schullektüre schlägt Bohlen für die Unterklassen vor: „Deutsche Helden in der amerikanischen Nation“ und „Deutsche Siedler und Pioniere in Nordamerika“, die beide demnächst im Verlag Quelle und Meyer erscheinen werden, von Townsend: „Aufstieg und Niedergang des deutschen Kolonialreiches“, wovon es „leider“ noch keine Schulausgabe gebe.

„Wo heute Geschichten von Cooper und Parkman oder Beecher-Stowes unverwundliche „Uncle Toms Cabin“ gelesen werden (ein Kinderbuch, in dem ein edler Engländer und ein ebenso edler Neger eine große Rolle spielen, D. Red. d. N. V.), dürften morgen gleichwertige Stoffe, die an deutsche Auswanderer anknüpfen, vorzuziehen sein.“

Denn wenn die Jungen etwas von den Helden und Siedlern und Arbeitern der anderen Länder erfahren, so könnte ihnen ja — aufgehen, daß die da drüben eigentlich auch so eine Art Menschen sind. Erst später, „auf der Stufe bewußteren historisches Denkens“ — das heißt, wenn die Köpfe schon genügend verkleistert sind — soll auch etwas fremde Literatur verabreicht werden. In vorsichtiger Weise natürlich und mit den nötigen Erläuterungen. Vor allem nach Völkerversöhnung darf es nicht riechen, Erziehung „im nationalen Geiste“ muß es sein. Denn — so heißt es in dem Artikel —

„Daß früher auf diesem Gebiet gesündigt worden ist, kann nicht geleugnet werden. Wir denken an die Fülle der Lesehefte, die

unter dem Stichwort der Völkerversöhnung über uns hereinbrachen und auch vielerorts gelosen wurden.“

Daß Ähnliches nicht gleich wieder „herbeibringt“, dafür ist ja nun gründlich gesorgt. Die Jugend wird planmäßig zum Völkerhaß erzogen, damit eines Tages wieder „alle, alle kommen“, wenn irgend ein großwahninniger Wilhelm oder Adolf ruft. Was nützt alles Rüstselraten um Rüstungen, Garantien, Pakte und Sicherheiten — solange die deutschen Schulmeister sich fern jeder Kontrolle als Giftgasfabrikanten ausleben dürfen?!

Otto Kahr.

Die erste Stinkbombe

Ein fachmännisch vorgebildeter Reichsfilm dramaturg.

Der Reichspropagandaminister Göbbels hat den 26jährigen „Angriff“-Redakteur Willi Krause zum Reichsfilm dramaturgen ernannt.

Der Jüngling mit dem pompösen Titel hat sich seinen neuen Posten ehrlich verdient. Mag er sonst von filmischen Dingen keine Ahnung haben, er ist doch als alter Fachmann anzusehen. Krause ist gleichsam eine historische Persönlichkeit; war er es doch, der bei den Nazi-Krawallen anläßlich der Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ im Berliner Mozartsaal die erste Stinkbombe geworfen und damit das Signal zum Sturmangriff mit Nießpulver und weißen Mäusen gegeben hat!

Das sind Herrn Krauses Beziehungen zum deutschen Film!

sadisten! Und so kommt, wie für andere, auch für Seger die Zeit, da ihm die seelischen und sonstigen Torturen unerträglich werden. Es bleibt Flucht oder Selbstmord...

Das Buch gibt Tatsachen in flüssigem Stile; es will nüchtern und wahrhaft sein und wirkt gerade durch die sachliche Genauigkeit der Angaben so beklemmend. Im Fluchtkapitel jedoch spürt man noch einmal den ganzen heißen Atem dieser Stunden, rollt sich das innere Bild des Flüchtlings in allen marternden Zukunften auf. Daß diese Flucht gelang, erscheint wie ein Wunder. Als er diesen Tag nervenpeitschender Fahrten hinter sich hat, als er nachts bei klingendem Frost, schwitzend und mit hämmernden Pulsen, endlich die tschechoslowakische Grenze erreicht, macht er hinterm Grenzstein halt und schaut nach der kranken, zepelnigsten Heimat zurück. Die Kindheit steigt herauf, die Jugend. Für dieses Land hat er als junger Mensch im Felde gestanden, für die Freiheit dieses Volkes hat er gelitten und geblutet, für die Menschenrechte dieser Nation hat er gekämpft — einer von vielen, einer von Millionen Deutschen, für die der braune Sdismus nichts weiß als Verfolgung, Achtung, Konzentrationslager, Mißhandlung, Beschimpfung... Dann wendet er sich, geht ins fremde Land hinein, atmet die Luft der Freiheit.

Seger hat das Buch den Frauen der Gefangenen gewidmet, die „in dieser grauenhaften Zeit eine unerhörte Tapferkeit, eine nahezu übermenschliche Kraft des Duldens, ein wahres Heldentum gezeigt haben.“ Aber die Schrift gilt allen, denen es um Wahrheit und Menschlichkeit geht. Der Verfasser hat und Stabschef Röhm und den Oberwächtern der braunen Justiz als Strafanzeige geschickt. Wenn die braunen Verantwortlichen genaue Tatsachen brauchen, hier sind sie! Hier ist der erste authentische, mit Daten, Namen und präzisen Angaben belegte Bericht aus einem neudeutschen Konzentrationslager. Der Verfasser steht mit der Eidesformel dafür ein, das Wort, aber man wird auf dieses Wort verzweifelnd warten. Unschuldige werden weiterhin eingesperrt, mißhandelt und geschunden werden. Die Schande wird weiterbrennen, solange das Gewissen der zivilisierten Welt sich gegen solche Kulturschmach nicht machtvoller erhebt. Diese Stimmen zu wecken — dazu geht das Buch in die Welt.

Gregor.

Ablenkungslügen werden entlarvt

Der Verlag „Graphia“ in Karlsbad als Herausgeber des „Neuen Vorwärts“ hat an die Verwaltung des Konzentrationslagers Oranienburg bei Berlin das folgende Schreiben gerichtet:

„In der Deutschen Wochenschau lesen wir die Mitteilung, daß im Konzentrationslager Oranienburg den Insassen die Lektüre der Emigrantepresse zugänglich gemacht wird, erzieherisch auf die Inhaftierten einzuwirken. Nach Aufhebung der Pressefreiheit in Deutschland ist das ein sehr löbliches Beginnen, das wir gern unterstützen. Die Ver-

breitung des „Neuen Vorwärts“ wird in unserer Heimat noch immer mit schweren Zuchtbaus- und Gefängnisstrafen geahndet. Sie dürften von dort aus vielleicht auch Schwierigkeiten haben bei der Beschaffung der erforderlichen Exemplare. Im Interesse der Lagerinsassen übermitteln wir Ihnen also gleichzeitig je fünf Stück des „Neuen Vorwärts“ Nr. 33 und 34 und erwarten Ihre Mitteilung, wieviel Exemplare

Sie in Zukunft für die Lektüre in Ihrem Lager zu beziehen wünschen.“

Wir wissen, welchen dreisten Schwindel das Regime jetzt über Oranienburg verbreitet, um von den Enthüllungen Gerhart Segers über die grauenhaften Zustände und Vorgänge in Oranienburg abzulenken. Aber wir werden den Schwindel des Regimes festnageln!

Eine deutsche Frau

Von Marianne Pollak

Man erweist dem wahren Deutschtum keinen guten Dienst, wenn, wie das seit den Märztagen unseligen Angedenkens begreiflicherweise immer häufiger geschieht, die deutsche Frau nur mehr als hausbackene Gluckhenne hingestellt wird. Zweifellos ist dieser Typus weiblicher Mensch, der jetzt von Hitlers Gnaden in Massen großgezüchtet werden soll, niemals ganz ausgestorben gewesen. Die Welt kannte ihn weiß Gott nicht nur aus den „Fliegenden Blättern“. Ueberall dort, wo so eine lautsprachige und geschmacklose Mittelständlerin reichsdeutscher Zunge auftauchte, fiel sie ein wenig auf. Diese Sorte deutscher Bürgerinnen hat sich in den ersten Jahren der jungen Republik grollend zurückgezogen. Früher, in der Rangordnung des wilhelminischen Deutschland, war sie als das Vorbild häuslicher Tugend verhimmelt worden. Dann, in den Sturmjahren des Umsturzes, fiel die Gloriole von ihr ab und es blieb nichts übrig als reizlose Mittelmaßigkeit. Auf einmal sollte sie sich um mehr als um ihre Kücken, ihre Kleider und ihre Kirche kümmern, auf einmal bekam sie etwas von dem verhaßten Klassenkampf zu spüren, vor dem sie sich bis zum Zusammenbruch so hochmütig abgeschlossen hatte. Die deutsche Kleinbürgerin und Mittelstandsfrau war auf den Umsturz böse, weil er sie vor den Kopf gestoßen hat. Empört habe sie merken müssen, daß nicht mehr sie obenauf war, sondern die im Lebenskampf und im Beruf stehende, die an der Politik interessierte Frau. Auf Vergeltung hoffend, zog sie sich zurück.

Und die Wirtschaftskrise schürte ihren Haß zogen alles Neue nur noch mehr. Hatte es jemals unter dem Kaiser so viel Not gegeben? Brachte der Mann, selbst wenn er noch überhaupt werken konnte, nicht von Monat zu Monat, von Woche zu Woche weniger heim? Die ganze Politik, durch die Wirtschaft unterwühlt, wurde haßerfüllt.

Da machte plötzlich eine Partei von sich reden, die der Frau von gestern wieder zu schmelzeln begann. Die ihr versprach, sie, die vaterlandstreue, die kinderreiche, die hausgebundene Mutter wieder emporzuheben. Nicht weibliche Energie und weiblicher Verstand, nicht weibliche Lebenskraft und weibliche Talente würden, wenn sie einmal an der Macht wäre, Geltung finden, sondern die ausschließlich an das Haus, den Mann und das Kind hingebende Frau. Die Kleinbürgerin und Mittel-

standsfrau, die sich ein Jahrzehnt lang zurückgesetzt gefühlt hatte, horchte auf. Sollte wirklich wieder ihre Zeit kommen? Wird sie einmal herabsehen können auf die „politisierenden Weiber“?

Von Wahl zu Wahl erhielten die Nationalsozialisten mehr Frauenstimmen. Als sie dann, am 5. März 1933, siebzehn Millionen stark, das deutsche Volk überrannten, da hatte ihnen nicht zuletzt die deutsche Kleinbürgerin und Mittelstandsfrau zu diesem unheilvollsten und unheimlichsten aller politischen Erfolge verholfen.

Unter den sozialdemokratischen Abgeordneten, die noch gewählt worden waren, befand sich auch Toni Pfäff, die Vertreterin Nieder-Bayerns. Zu Ehren aller deutschen Frauen sei ihr Schicksal wachgerufen, um auch uns österreichischen Klassenkämpferinnen Mahnung zu sein.

In den achtziger Jahren, als Kind einer großbürgerlichen Familie, mit Gouvernante und Dienerschaft mannigfacher Art aufgewachsen, fiel das Mädchen frühzeitig durch seine Charakterstärke auf. Das zartgewachsene Kind hatte einen Onkel, der war General bei den Jesuiten, hatte Verwandte, die waren hohe Offiziere und Juristen. Darum helle Empörung, als das Mädchen zum erstenmal mit dem Wunsch herausdrückte, nicht nur sich auf den Beruf einer Volksschullehrerin vorzubereiten, sondern diesen auch auszuüben. Noch ahnte Toni Pfäff nicht, daß ihr Weg sie über die Berufserringung hinaus in die Reihen des kämpfenden Proletariats führen sollte.

Bald entwickelte sich in dem jungen Geschöpf mit dem eisernen Willen eine nicht gewöhnliche Lehrbegabung. Und je mehr sie mit den Kindern des Volkes in Berührung kam, desto weniger genigte es ihr, diese bloß zu unterweisen, sie wurde ihre erzieherische Freundin. Sie kam allmählich den Müttern ihrer Schützlinge und über diese der Arbeiterschaft selbst näher. Und so wurde die Tochter des reichen Bürgertums insgeheim Sozialistin.

Wer die kleine schwache Frau mit dem männlichen Kopf kannte, der erlebte an ihr den in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer wiederkehrenden Gegensatz: daß Menschen, die in ihrer Kindheit die Annehmlichkeiten der bürgerlichen Welt ankosten konnten, viel leichter und mit viel geringerem Bedau-

ern diese Annehmlichkeiten entbehren können, als Männer und Frauen proletarischer Abstammung, deren persönlicher Aufstieg sie erst in späteren Jahren mit den Bequemlichkeiten des Besitzes in Berührung bringt. Und so lebte auch Toni Pfäff ein überaus einfaches, fast asketisches Leben, ganz ihrem Beruf und der Arbeiterbewegung hingegeben.

Toni Pfäff hat niemals viel von sich reden gemacht und war doch der Tüchtigsten einer ihrer Wahlkreise, Nieder-Bayern, galt als überaus schwer für die Sozialdemokraten zu gewinnen. Der bayrische Bauer ist konservativ. Aber die Pfäff, selbst bayrischen Blutes, hat neben ihrem Ernst auch ein Stück bayrisch derben Humors mit auf den Lebensweg bekommen. Es dürfte wenige Frauen geben, die sich, so wie sie, ihren Wahlkreis wirklich selbst erobert haben! Und so gehörte sie seit der Nationalversammlung der gesetzgebenden Körperschaft der Deutschen Republik an und hat mit ihren juristischen Fachkenntnissen in so manchem Ausschuß Wertvolles geleistet.

Frühling 1933. Tiefe Finsternis senkte sich über Deutschland. Die Gewerkschaften waren

Front des Geistes

Bemerkenswerte neue Veröffentlichungen.

Im „Kampf“, der Monatsschrift der österreichischen Sozialdemokratie, schreibt Richard Kern unter der Überschrift „Die Internationale vor der Entscheidung“:

„Die Internationale hat in der nun wirklich versunkenen Periode mit Schiedsgerichtsverfahren, mit Feststellung des Angreifers und mit gemeinsamen Aktionen gegen den Friedensbrecher gerechnet. Das ist vorbei. Mit Verträgen lassen sich faschistische Gewaltherrschaften nicht binden... Nicht nur Verträge, sondern nur dadurch, daß der Krieg für die angriffsbereiten Diktaturen aussichtslos gemacht wird, kann der Friede gegen die Staaten gesichert werden, in denen der Faschismus, der bereit ist, völkerrechtliche Verträge genau so zu achten, wie beschworene Verfassungen, zur Herrschaft gekommen ist. Das Zugeständnis der militärischen Gleichheit an die nationalsozialistische Diktatur bedeutet nicht Sicherung, sondern Bedrohung des Friedens.“

Im „Aufruf“, dem Organ der Liga für Menschenrechte in Prag, schreibt Gregor Blenstock unter der Überschrift „Frieden mit Hitler“:

„Hitler schickt sich an, Europa zu erobern. Zwischen der Oder und dem Rhein akkumuliert sich eine Spannkraft, die das alte Europa zerstören soll. Es handelt sich dabei keineswegs nur um Giftgas, Bombenflieger und Großkanonen. Viel wichtiger als die materielle ist die geistige und moralische Aufrüstung Deutschlands. Hitler bedroht die europäische Demokratie mit dem Schwert und vielmehr noch mit der geistigen Kontagion.“

Die „Neue Weltbühne“ Nr. 6 veröffentlicht in der Form eines Interviews mit Ludwig Börne ausgezeichnete Auszüge aus Börnes Schriften, darunter die folgende Stelle über die Entwicklung der publizistischen Freiheit in Deutschland:

„Es wird noch dahin kommen, daß man in politischen Schriften sich nur der Vokale bedienen dürfen. A, E, I, O, U. — nichts Allgemeineres als das. Diphthonge haben schon viel Unbescheideneres und man wird sie bloß in den seltenen Fällen verstanden, wo es nützt, das Volk zu begeistern — so etwa in Befreiungskriegen.“

„Hände weg!“

Karl Rauch, der Herausgeber der „Literarischen Welt“, Berlin, gehört zu jenen Leuten im Dritten Reich, denen ab und zu die Galle überläuft. Wir haben kürzlich ein Donnerwetter zitiert, das er in der Zeitschrift „Die Tat“ gegen die „verrotteten Nichtskönner“ losließ, die sich heute in der deutschen Literatur breit machen. Daß im Schrifttum des Dritten Reiches krumme, schleife, verbogene, verlogene Gewächse üppig emporwachsen müssen, weil sie von höchster Hand liebevoll gepflegt werden, hat Karl Rauch zwar vermutlich nicht erkannt, sonst könnte er wohl keine gleichgeschaltete Literaturzeitschrift herausgeben (oder könnte er doch? Worüber regt er sich dann auf?), aber wenigstens packt ihn ab und zu die Wut und — bis der Zensor ihm beim Kragen nehmen wird, läßt er seine Wut drucken. So in der „Literarischen Welt“, Jahrgang 1934, Nr. 3. Er schreibt da in einem Aufsatz „Hände weg von — Langemarck!“:

Das Preußische Theater der Jugend in Berlin spielt in diesen Wochen ein aus zwei Stücken verschiedener Autoren zusammengesetztes Drama „Langemarck“. Der geschmielteste Wert des Ganzen ist ohne Belang. Bühnenleitung und Inszenierung bemühen sich mit vorzüglichem Können, obwohl es nirgends gelingt, die undramatische Breite, Pathetik und Rhetorik des Textes durch die Darstellung zu überwinden. Frisch, verwegenes und temperamentvoll sind lediglich die beiden englischen Bilder, die vier deutschen Szenen sind angefüllt mit Ansprachen und Reden, deren Unwirklichkeit und Unglaublichkeit nur die und da für

einen lichten Moment durchbrochen sind. Diese Redseligkeit widerspricht durchaus dem heiligen Geist des Aufbruchs von 1914 und erscheint sehr viel mehr aus der Redebesessenheit von 1933 geboren.

Diese Jungen vom August 14 haben bestimmt sehr viel weniger geredet...

Und das Theater dient in keiner Weise der Weitergabe des Langemarckgeistes, sondern versündigt sich an dessen unsterblichem Vermächtnis, wenn es stürmende Knaben in Feldgrau

über Pappkulissonen hinweg das Deutschlandlied singen läßt, während die zuschauenden Kinder — zehn- bis siebzehnjährige — den Lärm der angelegten Schrapnells und Maschinengewehre als ein Wildwestgauld empfinden und ins Sterben auf offener Bühne hinein lachen, als sei das Ganze ein toller Karl-May-Film.

Hände weg von Langemarck!...

Sie werden die Hände nicht wegnehmen, sie denken gar nicht daran! Die „Redebesessenheit von 1933“, der blutige Kitsch und Schwulst werden erst mit dem Dritten Reich zugrunde gehen. Mussia.

Idealismus verboten

Der Präsident des Hegel-Weltbundes muß gehen.

Vor einigen Tagen wurde das Kolleg des bekannten Philosophen Professor Richard Kroner in Kiel durch Nazis, die den Gelehrten durch wilden Tumult am Lesen verhindern, gesprengt, was einer Beendigung der Lehr-

tätigkeit Kroners gleichzuachten ist. Gegen Kroner, der als Kriegsteilnehmer — er war Oberleutnant im Felde — trotz nichtarischer Abstammung zugelassen war, hatten die Studenten bereits vor einigen Wochen Sturm gelaufen, um ihn aus der Kantgesellschaft, deren Präsident er war, hinauszuerwerfen, was ihnen auch gelungen war. Kroner ist einer der hervorragendsten Kenner der Philosophie des deutschen Idealismus, die er in seinem zweibändigen Werke „Von Kant bis Hegel“ dargestellt hat. Als Präsident des Hegelweltbundes wurde er noch im Frühjahr vorigen Jahres, u. a. von den Vertretern der italienischen Regierung, als prominenter Repräsentant des deutschen Hegelianismus lebhaft gefeiert.

Staatsgefährliche Hellscher

Die württembergische Regierung hat ein Gesetz erlassen, nach dem das „Hellscheren, Traumdeuten, Wahrsagen und Weissagen aus den Sternen“ unter empfindlicher Strafe gestellt wird.

Wie undankbar die Hitlerterroristen sind! Der von ihnen umgebrachte Hellscher Hans Nussen hat mehr für die Popularisierung seiner Mörder getan als irgend ein anderer! Glauben die Tyrannen vielleicht, daß ihnen Hellscher und Sterndeuter das baldige Ende ihrer blutigen Herrlichkeit prophezeien könnten?

Der Parademarsch

Die „Magdeburger Presse“ bringt in grober Aufmachung die nachfolgende weiterschütternde Nachricht: „Ehrung der Magdeburger SA! Der

selbständigen SA-Standarte 26 wurde als einziger Standarte in Deutschland der Badenweiler Marsch — der Lieblingsmarsch des Führers — als Parademarsch von der Obersten SA-Führung verliehen!“

Wenn das nicht besser ist als Brot für hunderttausend Arbeitslose...

Ufa-Antisemitismus

Der Jude darf nicht genannt werden.

In den Berliner Ufa-Theatern läuft zur Zeit ein französischer Film „La Maternelle“ der einen ungewöhnlich starken Eindruck auf das Publikum macht. Täglich verlassene — wie wir der „Jüdischen Rundschau“ entnehmen — hunderte Menschen das Kino, die noch lange auf der Straße an einem von Tränen geröteten Ausdruck erkennen lassen, was sie erlebt haben. Die gesamte Presse, voran der „Angriff“, ist voll des Lobes für diesen Film, dessen hohe Kunst allgemein anerkannt wird.

Bemerkenswert ist nun, daß die gleichgeschaltete und nationalsozialistische Presse diesen Film lobt, obwohl er das Werk eines Juden, des Regisseurs Benoît-Lévy ist. Um aber zu verhüten, daß das Publikum sich darüber Gedanken macht, ist der Doppelname des Regisseurs um seinen Levy-Anteil gekürzt worden. Im Personenverzeichnis des Films, in den Anzeigen, in den Kritiken der Tagespresse heißt es statt Benoît-Lévy ganz schlicht: Jean Benoît. Der Jude und sein Werk werden akzeptiert — schon von wegen der hohen Einnahmen — nur soll es eben nicht jeder wissen!

gleichgeschaltet, ihre Führer einzesperrt, verfolgt und gefoltert, das Vermögen der deutschen Partei, ihre Arbeiterheime, ihre Zeitungen, ihre Druckereien gestohlen. Am 17. Mai sollte, was vom Parlament übriggeblieben war, als uniformierte Kompanie für Hitlers heuchlerische Friedensrede auf die politische Bühne der Kroll-Oper geführt werden.

Die Sozialdemokraten hatten sich vorher versammelt. In leidenschaftlichem geistigem Ringen stritten sie darüber, ob sie teilnehmen sollten oder nicht. Toni Pfiff war die einzige, die sich dem Fraktionsbeschluss nicht gefügt hat. Sie nahm Abschied von den Freunden, so ernst und so feierlich, daß es einigen von ihnen die Kehle zuschnürte.

Schon einmal hatte die zarte Frau, die sich, je ärger der Faschismus in ihrem geliebten Deutschland tobte, um so mutiger in die ersten Reihen vorwagte, Kühnes getan. Als der Marionetten-Reichstag nach dem Sieg der braunen Horden zum erstenmal wieder zusammentrat, da ist Toni Pfiff hinaus zu dem Vorsitzenden Göring gegangen: „Sehen Sie Ihre Parteigenossen? Sie zeigen mit den Fingern auf die Opfer von morgen, sie wählen schon die Sozialisten aus, die beseitigt werden sollen!“

Das klang damals wie die Ausgeburt einer krankhaften Phantasie. Es ist seither gräßliche Wirklichkeit geworden.

Toni Pfiff hatte nur noch einen Lebensinhalt: ihre Partei, die Arbeiter, die Bewegung. Und sie erkannte, daß es da keine Kompromisse, kein Nachgeben, kein Paktieren gab, sondern nur schroffe Abgrenzung gegen diese Barbaren, um vor den eigenen Proletariern, vor der ganzen Internationale und — vor sich selbst zu bestehen. Als dann die Fraktion ihrer Partei vor jener Kroll-Opern-Komödie, die am 17. Mai 1933 als Galavorstellung vor der Nation und der Welt stattfinden sollte, beschloß, an der „Sitzung“ teilzunehmen, da ist Toni Pfiff zusammengesunken. Denn nun war ihr auch das letzte genommen worden. Mochten die Motive der anderen auch noch so ehrlich sein, da konnte sie nicht mehr mit. Ein paar Händedrücke den intimsten Freunden, ein letzter Blick zurück zu den Kampfgefährten einer besseren Zeit und ...

Am 9. Juni meldete das Wolff-Büro aus München:

Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Toni Pfiff hat sich gestern mit einem Schlafmittel vergiftet. Sie wurde gestern in ihrer Wohnung in der Kaufbachstraße bewußlos aufgefunden und in das Schwabinger Krankenhaus gebracht, wo sie noch gestern starb. Es liegt einwandfrei Selbstmord vor.

Ein Leben war ausgelöscht. Aber die Fackel, die in dieser Frau geleuchtet hat, ist als Flamme in die Herzen von tausend und aber tausend deutschen Kämpferinnen versenkt: jener deutschen Mütter, denen in Nazi-Deutschland der Mund verschlossen ist. Aber ihre Zeit wird kommen und dann wird auch Toni Pfiff auferstehen, jene deutsche Frau, die lieber die Schwelle des Schattenreiches überschritt, als im Dritten Reich zu leben.

(Aus der Wiener Monatsschrift „Die Frau“.)

Der geistigen Vorbereitung zur Führung des Kampfes gegen den Faschismus zu dienen — das ist die Aufgabe der „Zeitschrift für Sozialismus“. Das Januarheft enthält eine Auseinandersetzung mit Trotsky: „Trojckismus und Sozialdemokratie“ von Schifrin, setzt sich mit dem deutschen Faschismus in zwei Artikeln: „Die Gewerkschaften im faschistischen Deutschland“ von Leopold Franz und von Karl Exner über die „Oekonomie des Faschismus“ auseinander und schließt mit einem Diskussionsbeitrag von Ernst Anders über „Die Organisation der Freiheit“, sowie Glossen und einer Bücherschau ab.

„Die Zeitschrift für Sozialismus“ erscheint bei der Verlagsanstalt „Graphia“ Karlsbad, Kantstraße, und ist direkt oder durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Zur Fabrikation von Fieber-Thermometern

wird von Thermometerfabrik nur erstklassig-fachkundiger Schreiber und Bläser zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerte werden bei Angabe der bisherigen Tätigkeit unter Chiffre „Thermometer“ an die Verwaltung des „Neuen Vorwärts“ erbeten.

Das Schicksal des Dollars

Stabilisierung der Währung — Keine Festigung der Wirtschaft!

In der internationalen Wirtschaftspolitik ist eine Entscheidung von großer Tragweite erfolgt. Am 1. Februar, sogleich, nachdem der amerikanische Kongreß das auf zwei Jahre befristete Währungsgesetz angenommen hatte, das den Präsidenten ermächtigt, den Goldgehalt des Dollars auf höchstens 60 Prozent und mindestens 50 Prozent seines früheren Gewichts festzusetzen, hat Roosevelt von seiner Vollmacht Gebrauch gemacht. Der neue Dollar wird 59,06 Prozent der alten Goldmenge enthalten, das heißt 15 $\frac{1}{11}$ Grams von $\frac{1}{10}$ Feinheit. Der Preis der Unze Feingold beträgt 35 Dollar. War der alte Dollar seinem Goldgehalt gleich 4,20 Reichsmark, so ist der neue gleich 2,48 Reichsmark oder 15,12 französ. Francs.

Das Bedeutungsvollste der Maßnahme besteht zunächst darin, daß die Quacksalberidee eines stets veränderlichen Dollars — einer Währung, die nicht beständig ist, sondern durch fortwährende Eingriffe so manipuliert werden sollte, daß die Preise der Waren dieselben bleiben — aufgegeben zu sein scheint. Die neue Währung ist eine Goldkernwährung. Von der klassischen Goldwährung unterscheidet sie sich dadurch, daß keine Goldmünzen für den inneren Umlauf ausgeprägt, der gesamte Goldschatz vielmehr bei der Notenbank gesammelt bleibt. Aber das hat die neue amerikanische Währung mit fast allen anderen Geldsystemen der Nachkriegszeit gemeinsam.

Das Wichtigste ist, daß jetzt

der Mechanismus der Goldwährung wieder hergestellt

wird zu dem festen Preis von 35 Dollar wird jede angebotene Goldmenge von der Notenbank (respektive dem Schatzamt) angekauft und jede angeforderte Goldmenge (nach Abzug von $\frac{1}{4}$ Prozent als Unkostenersatz) verkauft. Der Dollar wird also stabilisiert, seine Schwankungen können sich nur in ganz bestimmten Grenzen bewegen. Denn würde der Dollar z. B. in Paris unter die Parität von 15,12 Frs. sinken, dann wäre es für den amerikanischen Zahlungsverpflichteten unpraktisch, seine Zahlung in dem unterbewerteten Dollar zu machen, er wird mit seinen Dollars Gold kaufen und dieses nach Paris senden. Steigt umgekehrt der Dollar über die Parität, so würde der Franzose, der in den Vereinigten Staaten Dollarzahlungen zu leisten hat, seine Francs nicht zum Ankauf der zu teuer gewordenen Dollars verwenden, sondern zum Kauf der entsprechenden Menge Gold bei der Bank von Frankreich, dieses nach Neuyork senden, es dort in Dollar umwandeln und damit die Rechnung begleichen. Die Schwankungen des Dollar sind so begrenzt durch die Versandkosten des Goldes, die stets nur den Bruchteil eines Prozentes des Wechselkurses ausmachen.

Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Stabilisierung des Dollars, deren Verweigerung die Londoner Wirtschaftskonferenz gesprochen und die Weltwirtschaft neuen Erschütterungen durch die Währungsunsicherheit ausgesetzt hatte, Roosevelt vor allem durch die finanzielle Lage aufgezwungen worden ist. Das ungeheure Defizit macht in nächster Zeit

die Aufnahme von ungefähr 6 Milliarden Dollar nötig.

Solange aber das Publikum mit einem weiteren Sinken des Dollars rechnen muß, ist die Anlage in festverzinslichen Anleihen ein schlechtes Geschäft. Deshalb mußte der Abwertung ein Ende gemacht, den Zeichnern die Sicherheit gegeben werden, daß Kapital und Zinsen ihren Wert behalten werden.

Die Stabilisierung des Dollars würde nach nicht zu langer Zeit zu einer Stabilisierung der anderen Währungen, namentlich des Pfundes führen und damit den zerrüttenden Währungswirren ein Ende machen. Trotzdem wird dieses Ereignis, dessen Tragweite offenkundig ist, mit merkwürdiger Zurückhaltung aufgenommen. Die Gründe sind mannigfaltig.

Der tiefste Grund ist wohl die psychologische Verfassung der kapitalistischen Welt. Sie hat jedes Zutrauen zu sich verloren. Sie glaubt nicht mehr recht an die Hellungsmöglichkeiten. Sie erlebt so ununterbrochen die Vergewaltigung der öko-

nomischen Vernunft durch die in der Krise zur Macht gekommenen, daß sie selbst einer richtigen Maßnahme nur noch wenig Vertrauen entgegenbringt. Und die Verwüstung, die angerichtet worden ist, ist in der Tat so groß, daß sie zu Kleinmut alle Veranlassung hat.

Diese Stimmung wird noch dadurch gesteigert, daß in der Tat in dieser verrückten kapitalistischen Welt auch vernünftige Maßnahmen ihre merkwürdigen Mucken haben und zunächst Wirkungen hervorbringen können, die die augenblickliche Verwirrung noch steigern.

Zum ersten ist auf Roosevelt und seine Leute ja kein Verlaß. Der Präsident selbst hat die neue Regelung nur als vorläufige bezeichnet, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, sie wieder „den Interessen der Vereinigten Staaten entsprechend zu ändern“. Was nützt aber eine Stabilität, eine „Festigkeit“, die jederzeit geändert werden kann, wenn auch die untere Grenze bei 50 Prozent der alten Parität gezogen ist, der Spielraum also wenigstens bekannt ist?

Dazu kommen aber zweitens andere Unsicherheitsmomente. Die Staatsfinanzen zeigen ein ungeheures Defizit. Ob die Deckung durch die Anleihen gelingt, steht dahin.

Versagt aber die Anleiheaufnahme, dann bleibt nur die Notenpresse,

also die unmittelbare Inflation, da dem Rooseveltregime seiner politischen Natur nach sowohl Steuererhöhungen als Ausgabensenkungen kaum möglich sind. Ob aber die Inflation sich dann begrenzen läßt, ist immerhin zweifelhaft. Man sieht, die Stabilität steht auf unsicheren Füßen.

Zudem sind die Anhänger einer weiteren Inflation politisch noch sehr stark. Die Preissteigerung namentlich der Agrarprodukte und der Rohstoffe ist hinter den von Roosevelt selbst erweckten Erwartungen stark zurückgeblieben. Die Gründe sind eigenartiger Natur. Die Agrarprodukte und Rohstoffe sind Exportwaren, die in der Krise im Uebermaß vorhanden sind. Ihren Absatz müssen sie zum größten Teil im englischen Weltreich, in Skandinavien und in anderen Ländern finden, die noch vor Amerika ihre Währungen entwertet haben, deren Aufnahmefähigkeit dadurch vermindert worden ist. Dieser verringerten Nachfrage stand das Angebot von Waren gegenüber, die um jeden Preis exportiert werden mußten. Kein Wunder, daß Preiserhöhungen selbst in der jetzt entwerteten Dollarwährung nur sehr schwer und sehr allmählich durchzusetzen sind. Die von Roosevelt erstrebte rasche Preissteigerung ist deshalb ausgeblieben. Auf lange Sicht gesehen, wird sie sich durchsetzen, das amerikanische Preisniveau wird sich allmählich dem verminderten Goldwert des Dollars anpassen. Aber wie lange Zeit zu der Ueberwindung der Reibungswiderstände erforderlich sein wird, hängt von dem weiteren Verlauf der Weltwirtschaftskrise ab und von der Wirksamkeit der anderen Maßnahmen, die Roosevelt zur Behebung der amerikanischen Konjunktur unternommen hat: der Einschränkung der Rohstoff- und Agrarproduktion, der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung usw., Maßnahmen, deren Milliardenkosten man kennt, aber deren Effekt man nicht kennt. Man muß deshalb unter Umständen mit einem neuen Ansturm der Inflationsanhänger rechnen.

Bleiben aber die amerikanischen Preise zunächst niedrig, dann bleibt auch ihre erhöhte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Die Furcht vor dieser Konkurrenz hält England und die anderen Länder mit entwerteter Valuta nicht nur davon ab, ihrerseits zu stabilisieren, sondern England scheint geneigt zu sein, das Pfund wenigstens teilweise dem Sinken des Dollars folgen zu lassen. Jedenfalls ist in den letzten Tagen ein weiteres Sinken des Pfunds erfolgt und die Unsicherheit über die englische Währung hat die Situation auf den Devisenmärkten wieder verschärft.

Die fortschreitende Entwertung des Dollars hatte in Amerika zu Kapitalflucht und zu Ansammlungen amerikanischer Fluchtgelder in Europa geführt. Die werden jetzt zum Teil nach Amerika zurück-

strömen. Von den neuen Währungsbestimmungen verspricht man sich auch eine Hausse in amerikanischen Wertpapieren, da ja die Effektenpreise am raschesten sich dem Geldwert anpassen. Das wird viele europäische Gelder zu spekulativen Anlagen in Neuyork anreizen. Neue Geld- und Kapitalbewegungen größeren Ausmaßes kündigen sich an. Amerika wird Geld aus Europa anziehen. Bei der kaum überwindenen Panikstimmung bilden diese Abzüge eine gewisse Gefahr für die wenigen Länder mit Goldwährung, und neue Besorgnisse tauchen auf.

Man versteht also, daß die kapitalistische Welt des Heils nicht recht froh wird, das ihr die neue Botschaft Roosevelts verspricht. Die Angst verläßt sie nicht, daß das, was unter anderen Umständen rettende Medizin sein könnte, ihrem geschwächten Körper zum schlimmen Gift werden könnte.

Dr. Richard Kern.

Olympiade 1936 in Berlin

Aus Kreisen des deutschen Arbeitersports wird uns geschrieben:

Als die Arbeitersportler im Jahre 1925 in Frankfurt am Main ihre 1. Arbeiterolympiade feiern wollten, schrieben die kapitalistischen Sportverbände, daß wir dazu kein Recht hätten. Wir hatten ihnen aber gezeigt, wie wir eine Olympiade vorstellten. Es war wirklich ein internationales Massenfest, bei dem nicht nur bei den Wettkämpfen, sondern auch bei den gemeinsamen Massenübungen und Sondervorführungen die Nationen zusammenstanden und sich die Hände reichten. Auch das 2. Arbeiterolympia in Wien, im Jahre 1931 war ein Fest der Hunderttausend. Kein Mißklang, keine Eifersucht, es war ein Fest der Völkerverständigung und der Solidarität.

Nun rüstet man wieder für das bürgerliche Olympia 1936 in Berlin. In einem Land, wo man die in der ganzen Welt bekannte Arbeitersportbewegung mit ihren 1,3 Millionen Mitgliedern vernichtet hat, wo die Sportplätze und Uebungshallen zu Exerzierplätzen herabgesunken sind, soll eine Olympiade stattfinden. Wenn der bürgerliche Sport nicht in allen Ländern kapitalistisch wäre, dann wäre eine Olympiade im jetzigen Deutschland nicht möglich.

Nur dort, wo die Menschenrechte den körperlichen und geistigen Aufstieg der Völker fördern, hat man ein Recht, eine Olympiade zu feiern. Die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale hat deshalb dieser Veranstaltung den schärfsten Kampf angesagt.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1935.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kf. 1,40, (für ein Quartal bei freier Zustellung Kf. 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kf. 2.— (Kf. 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0,30 (3,60), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E.-Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Großbritannien £. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,018 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1,50 (18.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Peng. 0,35 (4,20), USA. Dollar 0,08 (0,20).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51-005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.